

Akademie-Report

Mitteilungen 3/1996

Die Auflösung alter Ordnungen **Globalisierung - Ende nationaler Wirtschaftspolitik?**

Von Prof. Dr. Norbert Walter

Die Globalisierung der Märkte schreitet - scheinbar unaufhaltsam - fort. Sie stellt selbst die führenden Industrieländer vor neue Herausforderungen. Der internationale Austausch von Gütern, Diensten und Kapital ist zwar seit langem gang und gäbe. Doch inzwischen hat sich die Internationalisierung der Weltwirtschaft nicht nur verstärkt, sondern auch qualitativ verändert. Was kann nationale Wirtschaftspolitik tun, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern? Was muß sie tun? Um die Beantwortung dieser Fragen ging es bei dem Akademiegespräch „Globalisierung - Ende nationaler Wirtschaftspolitik?“, das am 18. Juli 1996 im Maximilianeum in München stattfand. Referent war Prof. Dr. Norbert Walter (Deutsche Bank Research, Frankfurt):

Dem Begriff der „Globalisierung“, der seit einiger Zeit wieder verstärkt durch die Medien geistert, stehen viele Menschen zwiespältig gegenüber. Einerseits werden damit ein weltweiter Gütertausch, neue Reisemöglichkeiten und grenzenloser Informationsaustausch assoziiert. Dinge also, die das Leben angenehmer und auch farbiger machen. Damit verbunden ist gleichzeitig aber auch die Auflösung alter Ordnungen, das Ende

gewohnter Bezüge. Nationale Politik stößt angesichts transnationaler Freiheit für Menschen, Kapital und Management immer öfter und früher an ihre Grenzen. Dies löst bei vielen Furcht und Abwehr aus.

Zum Begriff der Globalisierung: Wer in Singapur in einem der großen Kaufhäuser



„Globalisierung - Ende nationaler Wirtschaftspolitik?“ lautete das Thema des Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag mit Prof. Dr. Norbert Walter (rechts), hier mit dem Hausherrn, Landtagspräsident Johann Böhm.

der einkauft, findet dank moderner und effizienter Transportmöglichkeiten dort ohne Probleme Becks Bier und Emmentaler. Aufgrund moderner Informations-technologie sind heute an praktisch jedem Ort der Welt zeitgleich mit dem Ereignis die neuesten Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und Sport verfügbar. Konsumenten treffen Kaufentscheidungen kaum noch nach dem Herkunftsland der Produkte: Das Verkaufsargument „Made in Germany“ ist out, Preis, Qualität, Marke und Folgekosten sind in. Die Liste täglich erfahrbarer Globalisierung ließe sich beliebig fortsetzen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Editorial

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Globalisierung, Multimedia, soziale Sicherheit, Generationenvertrag - nur einige Stichworte, die Prozesse und Probleme von ungewisser Wirkung anzeigen. Andere wären hinzuzufügen. Seit einiger Zeit messen die Demoskoppen im Lande ein Gefühl des Wandels, aber keiner weiß so recht zu welchen Zielen. Daraus entsteht Verunsicherung, manchmal auch Unruhe. Ich glaube nicht, daß irgend jemand die Entwicklungen - vielfältig und gegenseitig „im Griff“ und Lösungen anzubieten hat.

Lösungen dieser Art sind ohnehin nicht Aufgabe politischer Bildung. Was kann sie tun? Die Menschen fit machen für neue Situationen und Herausforderungen, sagen viele. Doch sind Menschen nur Objekte undeutlich absehbarer Entwicklungen? Haben wir nicht vor zwei Jahrzehnten schon intensiv darüber diskutiert, daß der Mensch nicht einfach angepaßt werden kann und in allem Neuen das Humanum bewahrt werden muß? Diese Frage kommt wieder auf uns zu - wahrscheinlich noch deutlicher als damals.

Was politische Bildung jedenfalls kann, ist durch Information und Erklärung Verunsicherungen, manchmal auch Ängste abzubauen, beizutragen zu vernunftbestimmter Auseinandersetzung mit Wirklichkeits- und Lebensveränderungen, deren Dimensionen wir noch nicht beherrschen. Politische Bildung heißt wohl immer mehr, rationale politische und gesellschaftliche Dialoge stiften - zumal allzuviel vor dieser Aufgabe versagen. Deswegen müssen wir Experten Gehör verschaffen und auch mehr hinausgehen in Stadt und Land.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Inhaltsverzeichnis

Seite

Globalisierung - Ende nationaler Wirtschaftspolitik?

Die Auflösung alter Ordnungen - von Prof. Dr. Norbert Walter	1
PresseSplitter	5

Colloquium zum Landesparlamentarismus

Fernsehen: Forum der Nation - von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter	6
PresseSplitter	8
Glanz und Elend des Landtagskorrespondenten - von Fridolin Engelfried	9
PresseSplitter	10

Kurzberichte:

Ferienseminar I: Deutsche Einheit auf dem Weg ins „verflixte 7. Jahr“?	15
Der Euro im Kreuzfeuer - Seminar in Passau und Bayreuth	17
Kommission für Zukunftsfragen	18

Weitere Themen im Akademie-Report:

Veranstaltungen	11
Sommerfest der Akademie	18
Erinnerung an Waldemar von Knoeringen	20
Zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Hans Maier	21
Nachrichten aus der Akademie	22
Impressum	22
Bücher - Neuerscheinungen - Rezensionen	23

(Fortsetzung von Seite 1)

Als wichtigste Kategorie, die mit dem Begriff „Globalisierung“ verbunden wird, erscheinen die internationalen Aktivitäten der Unternehmen. Diese finden ihren Ausdruck zuerst im internationalen Handel. Belieben sich die Weltexporte 1950 auf nur gut 60 Mrd. US-Dollar, so stieg deren Umfang bis 1995 auf rund 5 Bill. US-Dollar an. Auch die Zusammensetzung der international ausgetauschten Güter hat sich gewandelt: Der Schwerpunkt liegt heute weniger im Austausch von Rohstoffen, sondern vielmehr bei wissensintensiven Industriegütern. Computer und Flugzeuge haben Rohöl und Eisen erstmals als wichtige Handelsgüter verdrängt. Schließlich hat sich die Zahl der Akteure auf den Weltmärkten erheblich erhöht. Zu den traditionellen Anbietern aus der industrialisierten Welt kommen immer mehr Unternehmen aus Schwellenländern. Malaysia hat sich durch massive Direktinvestitionen aus anderen asiatischen Ländern und den USA zu einem der größten Exporteure für Halbleiter entwickelt; Koreas Werften sind eine dominierende Kraft auf dem Weltmarkt für Handelsschiffe geworden, die sogar die einstmalen führenden Japaner fürchten.

Das internationale Handeln von Unternehmen findet neben der Konzentration auf den Austausch von Gütern inzwischen immer öfter in Form der Verlagerung der Produktion statt. Allein deutsche Unternehmen investierten 1995 48 Mrd. DM im Ausland mit Schwerpunkt in Europa und Amerika. China, ja ganz Südostasien erhalten Kapital und Wissen in erheblichem Umfang durch Auslandsinvestitionen aus der entwickelten Welt. International tätige Unternehmen verlagern zunehmend auch FuE ins Ausland. Vor kurzem berichtete die Bundesbank, daß seit 1991 mehr Geld zu FuE Zwecken aus Deutschland heraus geflossen sei, als Mittel hierzu aus dem Ausland zuflossen. Am weitesten fortgeschritten ist die Internationalisierung der Forschungsaktivitäten deutscher Unternehmen bei der elektrotechnischen Industrie und der Chemieindustrie - letztere tätigt schon fast 30% der FuE-Aufwendungen mit Schwerpunkt Biotechnologie im Ausland. Andere Branchen holen auf, wie z.B. der Automobilbau.

Wachsender Welthandel und zunehmende Direktinvestitionen aus Industrie in Schwellenländern bewirken eine stärke-

re Eingliederung der sich entwickelnden Länder in die intra-industrielle Arbeitsteilung. Dies führt zu neuen Strukturen im Welthandel. Seit geraumer Zeit wachsen z.B. Japans Importe aus China und einigen südostasiatischen Staaten mit 30 % p.a. überproportional, weil die dort von Toyota & Co. nach der massiven Aufwertung des Yen errichtete Produktionsbasis einen großen Teil ihrer Güter nach Japan

heitsgeschichte vorherzusagen. In den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres leben derzeit 160 Millionen Menschen, die sich in den nächsten 30 Jahren um 120 Millionen vermehren werden. Ventil für die heute schon verbreitete Perspektivlosigkeit der zumeist jungen Menschen wird die massenhafte Wanderung von Süd nach Nord sein, zumal im Raum nördlich des Mittelmeeres die Bevölkerung schrumpft und rasch altert.

Globalisierung ist aber nicht nur weltweiter Handel, internationale Direktinvestitionen und Wanderung zwischen Ländern, sie ist zunehmend auch Austausch an Ideen und Konzepten. Dessen sind sich viele jedoch nicht bewußt. Daß „kaizen“ und „just-in-time“ Importe aus dem Fernen Osten sind, mag der eine oder andere noch wissen. Daß Medienimperien zu meist aus dem englischsprachigen Raum die Inhalte und den Stil von Unterhaltung prägen, nehmen wir schon



Referent des Akademiegesprächs: Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank-Gruppe.

exportiert. Der intra-asiatische Handel ist für Japan heute schon wichtiger als der transpazifische Gütertausch, eine Entwicklung, die auch die Verhältnisse in der politischen Sphäre beeinflußt.

Schließlich umfaßt der Begriff Globalisierung auch die erhöhte Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit. Schon in den letzten Jahrzehnten konnten vielfältige Wanderungsbewegungen aus der zweiten und dritten Welt in die Industrieländer beobachtet werden. Aber nicht nur die Zahlen haben sich erhöht: Auch die Richtung der Ströme hat sich gewandelt, z.B. in die USA. Kamen 1940 noch 70% der Einwanderer aus Europa, sind sie heute nur noch eine Minderheit. 1992 stammten über 80% der Einwanderer in die USA aus Lateinamerika, der Karibik oder Asien. Weitere Wanderungsbewegungen in der Zukunft sind absehbar. So gehört wenig prophetische Gabe dazu, für den Beginn des nächsten Jahrtausends die größte Völkerwanderung der Mensch-

eher nur noch unterschwellig war. Aber darauf allein ist dies heute nicht mehr beschränkt. Bis vor wenigen Jahrzehnten setzten nur die Länder in der „westlichen Welt“ die Maßstäbe, bestimmten Vorstellungen und Anschauungen, gaben die Konzepte der Wirtschaftspolitik vor. Heute werden zunehmend auch in grundsätzlichen Fragen wie der Bedeutung der Demokratie, der Familie oder des Individuums in der Gesellschaft Anschauungen aus Asien oder Afrika (Islam) marktbeeinflussend. Das Selbstbewußtsein Südostasiens ist unübersehbar, der ökonomische Erfolg dieser Staaten zu groß, als daß der „Westen“ dies einfach ignorieren könnte.

Zur Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik: Nationale Wirtschaftspolitik hat auch im Zeitalter der Globalisierung noch eine Zukunft. Aber auch sie muß sich den Erfordernissen der Zeit anpassen. Ziel muß eine Politik sein, die die innovativen Kräfte stärkt. Angesichts der besonderen

Defizite in Deutschland bedeutet dies:

- eine grundlegende Vereinfachung und Senkung der Unternehmensteuern,
- eine Straffung der öffentlichen Verwaltung,
- ein Abbau von Subventionen,
- die fortgesetzte Privatisierung besonders auf der Ebene der Länder und Kommunen,
- ein Zurückfahren sozialer Leistungen,
- die Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Gütermärkte
- und eine Reform des deutschen Aus- und Weiterbildungssystems.

Die Ausgestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik hat darüber hinaus aber auch den inzwischen erreichten Grad europäischer Integration zu beachten. Europa hat sich mit der EU eine Institution geschaffen, die es bei der Verteilung von Aufgaben zu berücksichtigen gilt. Grundlegendes Kriterium bei der Frage der Zuweisung von Verantwortungsbereichen ist die Subsidiarität. Danach sollen Probleme höheren Ebenen nur dann zugewiesen werden, wenn sie sinnvoll nicht von Institutionen unterer Ebene zu lösen sind. Aufgaben für die EU sind neben der bereits vergemeinschafteten Handelspolitik die Formulierung einer gemeinsamen Umwelt-, Einwanderungs- sowie Außen-/Sicherheitspolitik. Diese Felder können auf einzelstaatlicher Ebene nicht mehr sinnvoll bearbeitet werden. Umweltfragen betreffen oft Regionen oder den Kontinent als ganzes. Genauso macht eine gemeinsame EU-Außengrenze eine abgestimmte Einwanderungspolitik erforderlich, um mit der zu erwartenden gewaltigen Völkerwanderung von Süd nach Nord fertig zu werden. Das Debakel der EU-Politik zu Zeiten des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, bei dem die Europäer noch nicht einmal in der Lage waren, sich darauf zu einigen, die Amerikaner um die Lösung des Konfliktes zu bitten, hat die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in drastischer Weise deutlich gemacht.

Ihren Sinn kann Subsidiarität aber nur dann erfüllen, wenn mit der Aufgabenzuordnung auch eine Autonomie bei der Beschaffung finanzieller Mittel verbunden ist. Andernfalls begründen sich hierdurch Abhängigkeitsverhältnisse, die keine sinnvolle Politik erwarten lassen. Die Länder dürfen nicht Kostgänger des Bundes, der Bund darf nicht Kostgänger der EU werden.

Die Ausgestaltung der Politik muß über die reine Regelsetzung und Abstimmung hinausgehen. Sie hat Institutionen zu schaffen, die den Ordnungsrahmen verkörpern und Verlässlichkeit und Sicherheit für die Bürger ausdrücken. Für die erweiterte politische Zusammenarbeit in der EU wird dies bei der seit April 1996 laufenden Regierungskonferenz in Turin in Angriff genommen. Ein solcher Versuch wird auch durch die Einführung der gemeinsamen Währung unternommen. Die gemeinsame Währung ist die logische Ergänzung zum Binnenmarkt. Erst durch sie werden die seit 1992 geltenden vier Grundfreiheiten im gemeinsamen Markt umfassend verwirklicht. Die Vorteile liegen auf der Hand: währungsbedingte Transaktions- und Kurssicherungskosten sowie das Wechselkursrisiko entfallen, weil Währungsturbulenzen innerhalb Europas der Vergangenheit an-

gehören werden. Dies bedeutet Kostenersparnisse und mehr Planungssicherheit. Mehr als diese ökonomischen Argumente zählt aber, daß der Euro entscheidend zur Stärkung der politischen Einigung Europas beitragen würde. Festere Bindungen in Europa sind für uns Deutsche schon deshalb wichtig, weil noch immer knapp 60% unserer Exporte in EU-Mitgliedsstaaten gehen.

Aber es ist nicht nur die ökonomische Ratio, die die Integration der Alten Welt begründet. Mit dem Bundeskanzler bin ich der Meinung, daß die Frage der europäischen Währung keine Angelegenheit von Technokraten sein darf. Sie ist eine Frage von Krieg oder Frieden, wie Helmut Kohl in einem Vortrag in Louvain die Bedeutung der EWU für den europäischen Integrationsprozeß treffend beschrieb. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Völker Europas beim Scheitern der EWU wieder zu den Waffen greifen würden. Zukünftige Auseinandersetzungen innerhalb der EU würden mit den Instrumenten der Wirtschaftspolitik geführt: Handelsbeschränkungen, Entsenderichtlinien, Aussperrungen. Die Folgen für Freiheit und Wohlstand wären fatal. Aus der Geschichte dieses Jahrhunderts ziehe ich auch die Lehre, daß wir alles tun müssen, um zu verhindern, daß alte nationale Frontstellungen in Eu-



Über Globalisierung diskutierten beim Akademiegespräch (von links): Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Landtagspräsident Johann Böhm, Prof. Dr. Norbert Walter, Senatsvizepräsident Heribert Thallmair, Präsident des bayerischen Städetags, sowie Moderator Dr. Peter Hampe.

ropa wieder bezogen werden und Konflikte der Vergangenheit wieder aufbrechen. Eine gemeinsame Währung als institutionelle Absicherung gegen einen Rückfall in Protektionismus und Nationalstaaterei könnte hierzu viel beitragen. Der Euro ist freilich nicht allein defensiv zu begründen: Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß der Euro in Zukunft dem USD Konkurrenz machen und aufgrund einer klugen Geldpolitik sogar die führende Reservewährung der Welt werden kann. Wer weiß schon, ob nicht in zehn Jahren beispielsweise die Ölanbieter den Preis für Rohöl in Euros notieren werden. Durch entschlossenes Handeln könnte Europa auf dem wichtigen Feld der Währungspolitik endlich angemessen agieren und im Wettbewerb der Währungen andere herausfordern.

Die Berücksichtigung der Subsidiarität bei der Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen eines sich integrierenden Europas wird auch zukünftig eine Vielzahl von Aufgaben - insbesondere den Wirtschaftsstandort betreffend - bei deutschen Kommunen, den Ländern und dem Bund belassen. Dies garantiert auch im Gemeinsamen Markt ein hohes Maß an wünschenswertem Wettbewerb zwischen Staaten und Gebietskörperschaften. Allgemeinverbindliche Sozialstandards und vereinheitlichte Steuersysteme werden so innerhalb der EU nicht entstehen. Nivellierung wäre auch der falsche Weg, denn erst die Vielfalt an Arrangements im Wettbewerb, die sich in einer ständig wandelnden Welt zu bewähren haben, garantiert, daß durch Lernprozesse sich die besten staatlichen Organisationsformen zum Nutzen der EU durchsetzen.

Die Herausforderung annehmen: Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, hat darauf hingewiesen, daß wir es selbst sind, die immer wieder unsere ausgeklügelten Erwartungen und Kalkulationen über den Haufen werfen und die Konvulsionen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels, die uns immer neue Herausforderungen bescheren, erzeugen. Anders gewendet: Es sind wir selbst, die die Umwelt, in der wir leben und arbeiten, erschaffen. Warum also dann die Verzagtheit, wenn es um die Globalisierung des Wirtschaftens geht? Sie ist Ergebnis menschlicher Schaffenskraft und unternehmerischer Initiative. Diskutieren wir also nicht, auf welche Weise wir diesen Entwicklungsmotor durch Nivellierung abwürgen, sondern gestalten wir den Rahmen, in dem

sich die Vielfalt des Handelns zum Wohle aller entfalten darf. Nur so läßt sich sicherstellen, daß auch in Zukunft unsere jungen, gut ausgebildeten Menschen in Deutschland eine Chance sehen. Dies setzt allerdings voraus, sich dem Neuen und Unbekannten zu öffnen. Mitunter hat man in Deutschland den Eindruck, daß sich unsere Internationalität auf ausgedehnte Reisen in alle Welt und den häufigen Besuch ausländischer Restaurants in der Heimat beschränkt; es fehlt uns am hörenden Herzen, an Bil-

dungsbereitschaft und Lernfähigkeit. Deutschland selbst vermittelt oft den Eindruck Puppenstube: wohlgeordnet und schön anzuschauen, aber ohne wirkliches Leben. Viel zu oft wird das, was in der Welt um uns herum vorgeht, der Wandel und das Neue, das entsteht, entweder bewußt oder unbewußt verdrängt oder überhaupt nicht wahrgenommen. Diese lethargie gilt es aufzubrechen, denn nur so können wir unseren Wohlstand und unsere Freiheit erhalten - im wirklichen Leben.

Pressesplitter

Im Maximianeum Nr. 7/96 (Seite 80) war das Akademiegespräch „Globalisierung - Ende nationaler Wirtschaftspolitik“ Thema eines Artikels: Daß wir Pfeffer und Kokosöl aus Malaysia in jedem Geschäft kaufen können, finden wir gut. Daß in dem südostasiatischen Land mittlerweile auch Autos oder Computer hergestellt werden, freut uns auch, weil die ausländische Ware meist billiger ist als die deutsche. Weniger erfreut reagieren wir aber dann, wenn das alles dazu führt, daß in Deutschland Arbeitsplätze wegbrechen, weil wir eben lieber malaysische, japanische oder auch französische Autos kaufen als deutsche oder weil deutsche Unternehmen ihre Autos dort produzieren, wo's weniger kostet als bei uns. Ob uns diese „Globalisierung“ paßt oder nicht: Stoppen können wir sie nicht, höchstens vielleicht gestalten.

Ob nationale Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung von Märkten überhaupt noch möglich ist, und wenn ja, wie sie aussehen sollte, darüber referierte auf Einladung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und des Bayerischen Landtags der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Prof. Dr. Norbert Walter, im Maximianeum.

Das Thema sei gewählt worden, um „Spekulationen und Ängste“, die die Globalisierung bei vielen Menschen hervorruft, abzubauen und aufzuklären, sagte der Direktor der Tutzinger Akademie und Passauer Politikprofessor Dr. Heinrich Oberreuter. Die Diskussion um den Standort Deutschland ist seiner Meinung nach nämlich etwas zu sehr „neurotisiert“. Politiker hätten es zunehmend schwerer, „sich den Wählern als

‘global players’ zu präsentieren.“ Voraussetzung Argumente täten not.

Der Volkswirt Walter präsentierte eine Menge Argumente zum Thema Globalisierung. Vermutlich werden sie aber mehr bei der Arbeitgeberseite als bei den Gewerkschaften auf Begeisterung stoßen. Grundsätzlich, meint Walter, „haben wir Gestaltungsmöglichkeiten auch im globalisierten Umfeld“, und zwar vor allem in der Lohnpolitik. Die Lohnkosten in Deutschland, sagt der Volkswirtschaftsprofessor, seien zu hoch; damit „sind wir international nicht mehr konkurrenzfähig“. Seine Forderungen: Lohnkosten senken, Löhne stärker „differenzieren“, mehr und länger arbeiten. Die Arbeitszeitverkürzung ist für ihn der völlig falsche Weg, um Arbeitsplätze neu zu schaffen.

Es wird ein bißchen unruhig im Saal, als Walter vorschlägt, daß man künftig doch erst mit 68 oder 72 Jahren in Rente gehen sollte; nur so sei nämlich die bestehende Alterssicherung gewährleistet. Bei uns in Deutschland gibt es laut Walter auch viel zu viele Bedenkenträger. Was seiner Ansicht nach nicht funktionieren wird: sich mit aller Macht gegen die Globalisierung stemmen, so wie es Frankreich versucht.

Weniger Ideologie und mehr Pragmatismus - das ist laut Walter angesagt beim Thema Globalisierung. Politiker, die das verinnerlicht haben, sollten in der Öffentlichkeit mehr Gehör finden, wünscht er sich - Roman Herzog zum Beispiel oder Altbundeskanzler Helmut Schmidt: Wenn man auf Schmidt „mal wieder hören würde“, wäre das in seinen Augen überhaupt „ziemlich nützlich“.

Fernsehen: Forum der Nation

Colloquium zum Landesparlamentarismus in Regensburg

Von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

„Der Landtag als Forum der politischen Öffentlichkeit“ lautete das Thema des Colloquiums zum Landesparlamentarismus, das am 25. April 1996 in Regensburg stattfand. Neben Johann Böhm, dem Präsidenten des Bayerischen Landtags, kamen auch die Vertreter der Medien zu Wort. Zum Thema „Was nicht in den Medien ist, ist nicht Wirklichkeit. Parlamente - Foren politischer Öffentlichkeit?“ sprach Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter:

Der auf die politische Meinungsbildung einwirkende Dialog findet immer weniger in den verfassungsmäßig dafür konstruierten Arenen statt. Und soweit er dort stattfindet, vollzieht er sich unter den Auspizien der Fernsehvermittlung.

Auch wenn es keinen kommunikativen Schutzaum um die Parlamente gibt, auch wenn sie zu Recht kommunikativer Konkurrenz unterliegen, so entbehrt die Entwicklung der letzten Zeit doch nicht ganz der Dramatik, weil sie in der Tat ein Stück weit Legitimation und Kommunikation im politischen System auseinanderrückt, während doch „Legitimation durch Kommunikation“ als übergeordnete Parlamentsaufgabe der Moderne zu begreifen wäre. Zwar entscheiden die Parlamente noch. Selbstverständlich kommunizieren sie auch noch mit der Öffentlichkeit. Doch die prominente politische Kommunikation ist abgewandert. Das Forum der Nation sind längst nicht mehr die Parlamente, und die politische Öffentlichkeit wird auch nicht mehr durch Parteiveranstaltungen hergestellt. Man muß den Satz „Was nicht in den Medien ist, ist nicht Wirklichkeit“ noch zuspitzen: Was nicht im Fernsehen war, wird kaum zum Teil der politischen Wirklichkeit. Daher wird es zum Zwecke der öffentlichen Meinungsbildung immer unwichtiger, über parlamentarische Öffentlichkeit zu verfügen. Vielmehr findet die politische Auseinandersetzung längst um Anteile an der Fernsehkommunikation statt. Der Tendenz nach ist dieses Medium zum Forum der Nation geworden, welches es aus der Sicht der Akteure politisch zu besetzen gilt. Daß es hinsichtlich der demokratischen Legitimation mit

dem klassischen parlamentarischen Forum nicht konkurrieren kann, sei wiederholend erwähnt. Über den Zugang zu diesem Forum entscheiden nicht unbedingt Wähler und Gewählte, sondern Medienprofis mit ihren eigenen Nachrichtenwerten, Deutungsmustern und Selektionskriterien. Wenn Linsky in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre für Amerika das Fazit zahlreicher Befunde gezogen hat, daß Medienmacher und Politiker in einem beständigen Kampf engagiert sind, in dem es um die Kontrolle jener Sichtweisen der politischen Realität geht, welche dem amerikanischen Volk gezeigt wird, so trifft er damit die heutige Fernsehdemokratie ganz allgemein. Dieser Kampf ist eine Auseinandersetzung um Inhalte, um Sicht- und Interpretationsweisen.

Die zweite These war, die Medien, vor allem das Fernsehen, hätten die Politik weithin ihren Eigengesetzlichkeiten unterworfen. Es sind nicht nur kulturkritisch angehauchte Autoren, die in deskriptiven Analysen diese These zu untermauern suchen. In den Vereinigten Staaten - zugegeben, dort ist die Entwicklung weiter, doch erfahrungsgemäß werden wir sie einholen - schwollt die Literatur, die diese These empirisch belegt, mittlerweile in Halbjahresschritten an. Als einer der bedeutendsten Faktoren, welche die „modern presidency“ von der überkommenen unterscheidet, gilt die durch die gänzlich gewandelte Medienwelt bewirkte extreme Personifizierung der Politik durch die Konzentration auf die Persönlichkeits-eigenschaften von Kandidaten und Amtsinhabern. Damit wird nicht nur die enorme Komplexität der Politik reduziert; es treten auch die ursprünglichen politischen Positionen in ihrer Bedeutsamkeit für die öffentliche Urteilsbildung zurück. Es wäre uns in die Tasche gelogen, nicht zu konstatieren, daß auch hierzulande dem horse race mehr Aufmerksamkeit zugewandt wird als inhaltlichen Problemen, die schwerer zu verstehen und zu vermitteln sind und rationaler Anstrengungen bedürfen. Allmählich beginnen auch in der Bundesrepublik neuere Analysen der Kanzlerdemokratie diesen Aspekt miteinzubeziehen, wenn auch nur peripher. Die Mediatisierung der Politik geschieht in drei Dimensionen: Die erste Dimensi-

on: Gewandelt hat sich offenbar das Verständnis des Politischen in der Öffentlichkeit durch seine fernsehbestimmte Wahrnehmung. Die Seriosität der Politik und ein präziser Politikbegriff überhaupt beginnen sich partiell aufzulösen. Politik wird mehr und mehr zum unterhaltsamen Schauspiel, das im übrigen im Medium auch im Rahmen des allgemeinen Unterhaltungsbedürfnisses rezipiert wird. Zusätzlich entfernt sich der Politikbegriff von der verbindlichen Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten. Zunehmender Distanzlosigkeit und wachsender Intimisierung im Umgang mit der politischen Führung entspricht auf der anderen Seite eine gestiegerte Privatisierung und Intimisierung des Politischen. Wer es für politisch hält, „Liebe in die Welt zu tragen“, kann es leicht für überflüssig erachten, sich auf die politischen Institutionen und Verfahren einzulassen.

Die zweite Dimension: Fernsehbestimmte Politikvermittlung entspricht nicht der tatsächlichen Komplexität der politischen Willensbildungsprozesse. Die dramaturgischen Notwendigkeiten - Spannung, Verkürzung, Simplifizierung - lassen Kontinuität und Rationalität auf der Strecke. Roger Gerard Schwartzberg beklagt nicht zu Unrecht die Unterwerfung rationalen Urteilsvermögens unter eine neue Affektivität. Postman beklagt das gleiche, indem er auf die Unterhaltung als Superideologie des gesamten Fernsehdiskurses hinweist. Nach Hedrick Smith wird im Fernsehen die Politik zum Kino, zu einer Folge von Episoden über politische Protagonisten anstelle eines Diskurses über politische Sachfragen. Roderick P. Hart charakterisiert das Führungsamt (leadership) schlicht als Unterhaltungsshow, in der es um Gut und Böse, um Agonie und Ekstase geht.

Trägt man die Befunde der Literatur zusammen, so lassen sie sich wie folgt bündeln: Fernsehen bestimmt die Tagesordnung der Politik, es verursacht ein Übermaß an Publikumsorientierung und verändert die Aktionsweise der Politiker. Die schärfste Kritik liegt im Vorwurf, dieses Medium widerstreite der politischen Rationalität. Dieser Vorwurf ist schon immer erhoben worden, sobald sein genuin unterhaltsamer Charakter für die Eigen-

gesetzlichkeit dieses Mediums verantwortlich gemacht worden ist. Inzwischen liegen aber Schlußfolgerungen aus empirischen Analysen und Mitteilungen aus der politischen Praxis vor, die mehr sind als nur Hypothesen. Helmut Schmidt stellt in seinen Memoiren zwar im Blick auf das amerikanische Regierungssystem einen „Konflikt zwischen Fernsehdemokratie und politischer Ratio“ fest und bemängelt, daß die Fernsehdramaturgie vielfach an die Stelle der Staatskunst trete. Aber er gibt doch zu, daß die gleichen Befunde auch für Europa längst zutreffen, und daß der politischen Führung inzwischen andere Tagesordnungen aufgezwungen werden, als sie in der Zeitungs- und Radiodemokratie noch üblich waren. Die amerikanische Literatur betont die alles überwölbende Bedeutung der Emotionen, die Übermacht einer Rhetorik, die mehr geeignet ist, populäre Leidenschaften zu manipulieren, als die Bürger in eine politische Debatte zu verwickeln. Sie beklagt die Reduzierung politischer Erklärungen auf exakt 100 Worte, die der durchschnittlichen Länge eines Berichts in den Nachrichten entsprechen. Sie betont schließlich den Hang zu kurzen Aphorismen statt entwickelter Argumente, die nicht nur eher in den news zielt werden, sondern auch gar nicht aus ihrem Kontext gerissen werden können – „because there is no context“.

Hedrick Smith faßt die These mit wenigen Worten zutreffend zusammen, wenn er feststellt, daß die Unmittelbarkeit des Fernsehens eine Politik begünstige, „auf der Basis von Emotionen, spontanen Reaktionen und Eindrücken im Gegensatz zu einer Politik der Logik, der Fakten und der Vernunft; sie stellt die Persönlichkeit gegenüber Sachfragen in den Vordergrund“. Inzwischen ist man sich geradezu einig, daß das Image über die Inhalte dominiert. An das Postulat der Aufklärung, daß Vernunft und Information Voraussetzung für Entscheidungsfähigkeit sind, sei erinnert.

Die dritte Dimension: Sie hat nun unmit-

telbar, was nur Phantasielosigkeit bei den beiden ersten übersehen könnte, mit dem Parlamentarismus zu tun. Karriere gemacht haben die Stichworte Visualisierung, Personalisierung und Ritualisierung. Dargestellt wird fast ausschließlich das „Zeigbare“. Hintergründe und Zusammenhänge treten zurück, weil sie schwer vermittelt werden können. Das Weltbild reduziert sich auf ausschnittshafte, durch pointierte Bildkürzel drama-



Diskussionsrunde beim Colloquium Landesparlamentarismus (v. l.): Landtagspräsident Johann Böhm, Gerd Otto (Mittelbay. Zeitung), Sigmund Gottlieb (Chefredakteur Fernsehen, BR), Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Gerhard A. Friedl (Chefredakteur Hörfunk, BR), Fridolin Engelfried (Augsburger Allgemeine).

tisierte Effekte und Episoden. Bevorzugt darstellen lassen sich Personen und ihre Handlungen. Person und Bild politischer Führer werden wichtiger als die politische Substanz, die sie verkörpern – oder auch nicht. Nicht visualisieren läßt sich der reale Ablauf politischer Willensbildungsprozesse. Weil nicht präsent sein kann, was nicht vermittelt wird, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß sich falsche Vorstellungen über den politischen Prozeß, die an ihm beteiligten Institutionen, ihre Leistungsfähigkeit und ihre Problemlösungskapazität aufbauen. Mit diesen Institutionen bleibt aber auch die Rationalität ihrer Entscheidungsverfahren der Öffentlichkeit unvermittelt. Die relativ rationale, zudem auch relativ leistungsfähige Entscheidungsstruktur der parlamentarischen Demokratie wird damit zusätzlich in den ent rationalisierenden Strudel der Fernsehvermittlung hineingerissen. Auch das geht an die Substanz. Denn Zustimmung, Legitimität, muß ja nicht nur die aktuelle Politik erfahren, sondern auch und vor allem das politische System mit seinen Prozeduren.

Gerechtigkeitshalber ist hinzuzufügen, daß diese Entwicklung auch ihre Gegenseite hat: Sich in der mediatisierten Politik einrichtend, beginnen Politiker und Parteien allmählich die Medien ihrerseits zu instrumentalisieren. Sie antizipieren deren Eigengesetzmäßigkeiten. Daraus eröffnen sich ihnen durchaus Möglichkeiten, Inhalt, Dosierung und Zeitpunkt wichtiger Informationen zu bestimmen, auch die Bühnen, auf denen sie ihre Auftritte zu wählen gewillt sind. Damit bestimmen sie ein Stück weit auch über ihre öffentliche Resonanz. Parlamente stehen allerdings diese Gegenwehr kaum zur Verfügung: Ausschuß-, Arbeitskreis- und Arbeitsgruppensitzungen und überhaupt das gesamte parlamentarische Verfahren lassen sich nicht als Talkshow inszenieren.

Doch es gibt immerhin ein wirkmächtiges Instrument von wohltuender Effizienz, in anderen poli-

tischen Systemen äußerst bewährt: Der Parlamentskanal. Die aktuelle Diskussion darüber verläuft sehr merkwürdig; sie verläuft eigentlich gar nicht. Als ich vor 15 Jahren versucht habe, diese Diskussion anzustoßen, hat ein öffentlich-rechtlicher Chefredakteur frank und frei erklärt, sobald dieses „Staatsfernsehen“ käme, würden die Anstalten ihre Parlamentsberichterstattung einstellen. Mittlerweile haben sie sich selbst zu diesem Vorschlag durchgerungen – wie sich doch die medienpolitischen Zeiten ändern. Doch in Bonn faßt man dieses Instrument mit spitzen Fingern an und ist ganz offensichtlich an einer breiteren Diskussion zur Zeit nicht interessiert.

Man kann sich die politischen und medienpolitischen Frontstellungen vorstellen, die dafür ursächlich sein könnten. Ein Parlamentskanal wäre jedoch ein Angebot für eine Zielgruppe politisch hoch Interessierter. Debatten und andere Ereignisse könnten ungetaktzt, unbearbeitet und unbeschnitten durch die Rundfunkanstalten und ihre Gestaltungsprinzipien verbreitet werden. Selbst bei ei-

ner Einschaltquote von nur 1% eröffnete sich für etwa eine halbe Million Bürger die Chance umfassender direkter Information und z.B. für kleine Tageszeitungen ohne eigenen Bonner Korrespondenten auch eine eigenständige Grundlage für Berichte und Kommentierungen jenseits des Agenturmaterials.

Diese Gegenwehr zu den weniger erfreulichen Tendenzen der Fernsehdemokratie erscheint mir unabdingbar. Jede Verbesserung des demokratischen Kommunikationsprozesses bestärkt die parlamentarische Demokratie. Daher stellt sich für uns die dringende Aufgabe, die Möglichkeiten zu erkunden und zu diskutieren, die in diesen neuen Techniken liegen könnten, selbstverständlich auch auf Landesebene. Soweit sie durch Parlament und Abgeordnete im Sinne ihrer Aufgabe nutzbar sind, kann die Kommunikationsfunktion des Parlaments erhebliche Stärkung erfahren. Dadurch vermöchte sich ja auch seine Position im Wettbewerb um Anteile an der politischen Diskussion zu verbessern. Die Bedeutung einer derartigen potentiellen Entwicklung braucht angesichts der Tatsache kaum unterstrichen zu werden, daß das Parlament in diesem Bereich, in dem letztlich die Legitimität des demokratischen Systems auf dem Spiel steht, heute seine größten Funktionsdefizite aufweist.

Going public - so hat Entman 1987 politische Strategien in den USA beschrieben - empfiehlt sich zur Positionsbehauptung speziell für die Parlamente. Im Gegensatz dazu charakterisiert ein neuer Titel die Medienstrategien gegenüber dem Politischen als Going negative. Deswegen kann man hier nicht mit ungebrochenem positivem Optimismus schließen, der sich aus neuen technischen Optionen speist.

Längst steht die repräsentative Demokratie vor plebisitzären Herausforderungen. Sie wird sie nur bestehen können, wenn sie durch überzeugende Kommunikationsstrukturen die Bürger einzubinden vermag. Längst wächst die Popularität des plebisitzären Prinzips auf Kosten des parlamentarischen. Längst gehört auch keine Phantasie mehr dazu, sich die elektronischen Instrumente vorzustellen, die das plebiscit des tous les jours möglich machen. Schon vor zwei Jahrzehnten ist in Deutschland solch eine „Computer-Demokratie“ entworfen worden, die insbesondere dann ihre verführerische Kraft entfalten wird, wenn die repräsentative Demokratie nur als technischer Notbehelf

für die „eigentliche“, den Bürger permanent in die politischen Entscheidungen einbeziehende, direkte Demokratie verstanden und folglich in ihrem Eigenwert nicht geschätzt wird. Diese Gefahr wird umso größer, je schwächer sich die kommunikativen Beziehungen zwischen Bürgern und Institutionen gestalten. Die Computer-Demokratie wäre ein Rückfall in die Zeiten der „klassischen“ Intimität, nur ohne das damalige demokratische Defizit, vielleicht aber auch ohne unmittelbare Kommunikation, die bei Knopfdruckverfahren nicht mehr nötig ist. Denn alle, die Massen, wären eingeschlossen. Die Kosten trüge die potentiell weitgehend zurückgenommene Rolle des mit eigenen Entscheidungsspielräumen ausgestatteten Abgeordneten. Über die Frage kohärenter Politikformulierung und der Wahrnehmung und Identifizierung politischer Verantwortlichkeiten ist damit noch gar nichts gesagt. Doch auch wenn sich diese „Computer-Demokratie“ vermeiden läßt, werden die Demoskopie „on demand“ und andere Formen der situationsorientierten Meinungsmessung zunehmen und eine Art Instant-Demokratie in Konkurrenz zu den formellen Verfahren und verfaßten Institutionen treten und Berücksichtigungswänge ausüben. Die Frage, ob das gut oder schlecht, politisch wünschbar oder nicht wünschbar ist, wird sich kaum mehr stellen.

Lawrence Grossman zeichnet das Bild eines von Menschen entleerten Capitol

Hill. Zum Regieren in die Hauptstadt zu fahren, wird immer weniger nötig, da Senatoren und Abgeordnete elektronisch vernetzt von zuhause aus und ohne einen Fuß „on the floor of the chamber“ zu setzen, ihren parlamentarischen Aktivitäten nachgehen können. Sie werden für lokale Potentaten und Interessen noch erreichbarer als gegenwärtig schon. Die kuschelige Gemeinde innerhalb des Washingtoner beltway wird sich auflösen. Man kann dieses Bild als Symbol für die Auflösung parlamentarischer Institutionen, ihrer Strukturen und der in ihnen vermittelten Verantwortlichkeiten nehmen. Niemand würde mehr, schreibt James Rogers, am Ende des 20. Jahrhunderts solch ein primitives und archaisches System, wie wir es gegenwärtig besitzen, konstruieren, da die Technologie uns enorme Optionen gäbe. Für die Parlamente bliebe dann die Organisation von Informations-, Überlegungs- und Anhörungsprozessen. Entscheidungen trafen sie zunehmend nur noch nach Instruktionen durch ihre Wähler - wenn überhaupt. Die Abgeordneten würden, wie Edmund Burke es ausgedrückt hat, wie Wetterfahnen agieren. Distanz, Unabhängigkeit und Entscheidungen von repräsentativer Qualität wären dahin.

Das ist eine von mehreren Optionen. Wer nicht will, daß sie verwirklicht wird, muß jede Möglichkeit wahrnehmen, die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Bürgern zu verbessern, auch wenn er sie gegenwärtig für noch so gut einschätzt.

Pressesplitter

„Politik ist halt einfach „nicht so spannend wie Sex and Crime“, titelte die Zeitung Maximilianeum (Nr. 4/96) einen Artikel über das Colloquium zum Landesparlamentarismus in Regensburg, in dem Waltraud Taschner schrieb:

Medienvertreter und Landespolitiker - sie fanden allesamt, daß sich ziemlich viel ändern muß, und zwar vor allem bei der Gegenseite. Das Parlament, so Landtagspräsident Johan Böhm, versteht sich selbst vor allem „als der zentrale Schauspielplatz der politischen Auseinandersetzung“ - nur: wer bekommt eigentlich so besonders viel mit von den Entscheidungen und den vorangegangenen Debatten der Verantwortlichen im Parlament? Viel

zu wenige Menschen, meint Böhm. Alois Glück, Fraktionschef der CSU im Landtag, Herbert Müller, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, und Dr. Manfred Fleischer vom Fraktionsvorstand der Grünen meinen das auch.

Die Sacharbeit der Parlamentarier, klagten die drei mit unterschiedlicher Deutlichkeit, dringe nicht genügend vor ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, weil die Medien sich lieber auf Skandale und Sensationen stützten.

Wie kann alles besser werden? Vertreter des Landtags und der Landtagsjournalisten sollten mal ausführlich miteinander reden, schlug SPD-Fraktionsvize Herbert Müller vor. Dafür soll man seiner Meinung nach einen ganzen Tag opfern. Akademiedirektor Oberreuter bot unverzüglich seine Räumlichkeiten dafür an. Wir warten.

Glanz und Elend - Die Arbeit im Landtag

Bericht eines bayerischen Landtagskorrespondenten

Von Fridolin Engelfried

Im Rahmen des Colloquiums zum Landesparlamentarismus ging es auch um Print-Journalismus und Parlamentarismus. Über „Glanz und Elend des Landtagskorrespondenten“ berichtete Fridolin Engelfried, seit 25 Jahren München-Korrespondent der Augsburger Allgemeinen.

Es gab schon bessere Zeiten für Landtagsberichterstatter, sowohl was die Qualität des Bayernparlaments selbst betrifft, als auch was die Stellung des Münchener Landtags-Berichterstatters in der jeweiligen Zentralredaktion angeht. Im Maximilianeum fehlen heute für eine Berichterstattung, die den Leser jeden Tag für den berühmten Stammtisch munitionieren und den Beobachter vom Sessel reißen könnte, vielfach nicht nur die kantigen Figuren - von Originalen gar nicht zu reden -, sondern auch die entsprechenden mitreißenden Themen. Und im Blatt fehlt immer mehr der Platz, um wenigstens das noch unterzubringen, was der Landtag trotz allem noch immer an Interessantem, Wichtigem und Lesenswertem produziert. Die Politikverdrossenheit hat eben auch auf die Redaktionen übergegriffen.

Noch zu Beginn der 70er Jahre war die Akzeptanz der Landtagsberichterstattung, was das Platzangebot zwischen Seite 1 und der Bayernseite angeht, um einiges höher als heute. Nur noch wenige Zeitungen geben heutzutage dem Landtagskorrespondenten die Chance, von Ausschüsstungen umfassend, ausführlich, ja fast bis ins Detail berichten zu dürfen. Nebenbei soll auch darauf hingewiesen werden, was im Maximilianeum an Informationsquellen offen ist. Und da muß lobend erwähnt werden, daß die informellen Voraussetzungen für einen Landtagskorrespondenten in Bayern sehr viel besser sind, als in anderen Ländern oder gar in Bonn: Bekanntlich sind im Maximilianeum alle Ausschüsse öffentlich. „Ein Aquarium, in dem man nur zu angeln braucht“, wie ein Kollege das mal treffend beschrieben hat. Doch die großen Fische, sie bleiben halt immer öfter aus.

Nach dem Tode von Franz Josef Strauß überkam so manchen Korrespondenten,

vor allem außerbayerischer Zeitungen, die schiere Existenzangst: Wovon sollte er (journalistisch) nun leben, ohne den großen Vorsitzenden und Bayernpromotor? Daß Strauß uns landespolitischen Berichterstattern dann doch ein so reiches Erbe an Berichtenswertem hinterlassen

gen der Medienlandschaft waren nicht gerade Humus auf den Parlamentsacker. Auch wenn das die Befürworter der privaten Medienanbieter anders erhofft hatten. Dies hatte eine „Boulevardisierung“ auch in den Tageszeitungen zur Folge. Man mag es bedauern oder nicht: die Medien insgesamt, vornweg das Fernsehen, ja selbst politische Magazine, räumen dem politischen Handwerk den ihm anscheinend gebührenden Raum bei weitem nicht mehr so umfangreich ein, wie einst.

Die beredte Klage der Landtagsfraktionen über zu schwaches Echo in den Printmedien ist von daher da und dort verständlich. Doch es fehlt im Parlament auch an der Einsicht über die vielfach fehlende Attraktivität der Handelnden. Seit Jahren diskutiert der Landtag über Reformen nicht nur seiner Arbeitsabläufe, sondern auch über mangelnde Außenwirkung, eben fehlende Medienresonanz. Doch bei der Suche nach Abhilfe blieb es bei „Worthülsen“. Die „Krise der Landesparlamente“ hat zwar im wesentlichen damit zu tun, daß gerade in den vergangenen 20 Jahren viele Kompetenzen nach Bonn und Brüssel verlagert wurden. Und seit Edmund Stoiber kommt noch die Verlagerung in die Staatskanzlei dazu. Aber das allein erklärt noch nicht die auch für den Berichterstatter deprimierende Feststellung, daß die Tagesordnung des Bayernparlaments manchmal so aufregend ist wie ein Bundesbahnhofahrplan - nur nicht ganz so zielgerichtet.

„Die tägliche Parlamentsarbeit präsentiert sich immer mehr als wirres Durcheinander von Wichtigem und vor allem landesweit gesehen - weniger Wichtigem“. Dieser Satz stammt nicht von einem Landtagsbeobachter, sondern vom derzeitigen Vizepräsidenten im Maximilianeum, Karl-Heinz Hiersemann. Er könnte aber genau so von CSU-Fraktionschef Alois Glück stammen, der ebenso einsichtig ist, was die mangelnde Attraktivität der Parlamentsarbeit angeht. Und das hat nach Meinung von Herrn Hiersemann dazu geführt, daß ein unverhältnismäßig hoher Anteil der Beratungen und Beschlüsse des Hohen Hauses etwa so aussieht: Die Staatsregierung wird „gebeten/aufgefordert/ersucht (auch weiterhin) zu prüfen/darauf hinzuwirken/



Fridolin Engelfried, München-Korrespondent der Augsburger Allgemeinen.

würde, das schließlich von Zwick über „Amigo“ bis zur Testamentsaffäre reichte, das konnte damals keiner ahnen. Doch die gerade aufgeführten Stichpunkte reichten dann allenfalls zu einem Zwischenhoch der Landtagsberichterstattung, dem dann mehr oder weniger wieder der graue Alltag im Maximilianeum folgte. Und das bedeutet: Es ist wieder schwieriger geworden, das Interesse am Bayernparlament wach zu halten.

Was ist geschehen? Der Landtag verläuft sich, mit Verlaub gesagt, in der eigenen Tretmühle. Detailbesessenheit statt großer politischer Linienführung, Kleinkram statt krönender Aussage beherrschten Redemarathon und Routine-Alltag.

Die Klage der Abgeordneten aus allen Fraktionen, die Presse sei eigentlich nur noch an Personalquereien und Fraktionszwist interessiert, aber nicht an den so wichtigen Sachthemen, sie klingt angesichts dieser, zugegeben sehr subjektiven, Lagebeschreibung nicht sonderlich überzeugend: „Wie man in den Wald reinruft, so kommt's heraus“. Oder anders ausgedrückt: Warum sollte das Presse-Echo stärker sein als die Stimmen im Parlament?

Allerdings gebe ich zu: Die Veränderun-

sich einzusetzen/dafür zu sorgen (hie und da auch mit Nachdruck), „in Verhandlungen einzutreten“ oder „tätig zu werden“. Und nach einigen Monaten teilt dann die Staatsregierung mit, zu welchen Ergebnissen das „Bemühen/Prüfen/Hinwirken/Eintreten“ geführt hat. Oder eben auch nicht.

Was muß geschehen, um dem Elend ein Ende zu setzen?

Der Landtag muß die Reformen, die er angedacht hat, endlich kraftvoll umsetzen. Plenarsitzungen mit bis zu 140 Tagesordnungspunkten an zwei oder drei Sitzungstagen sind zwar ein Fleißzeugnis für die 204 Abgeordneten, doch gewiß kein Qualitätsmerkmal. Und schon gar nicht ein Anlaß für den Landtagskorrespondenten, auf der Pressetribüne auszuhalten und über die teils gähnende Leere unten im Saal zu sinnieren.

Ein Rat: Konzentration auf Schwerpunkt der landespolitischen Arbeit, weniger Ausflüge in Bonner Zuständigkeitsbereiche mit meist langatmigen Wiederholungen von Argumenten, weniger Ritual- und manches, was im Landtag tatsächlich und trotz allem noch geschieht, würde sich wieder eher in den Zeitungsspalten niederschlagen.

Was der Presse von den Abgeordneten vielfach vorgeworfen wird, nämlich „Fast-food-Berichterstattung“, das wird

genau von den gleichen Abgeordneten im parlamentarischen Schnelltopf vorgegart. Oberflächlichkeit und Schnellschüsse gehören inzwischen zum anscheinend notwendigen politischen Handwerkszeug. Der 15-Minutentakt bestimmter Nachrichtensendungen, der Blick auf die besten Sendezeiten der TV-Sender prägen längst das Rednertempo und die Inhalte der Parlamentsauseinandersetzungen - sofern sie überhaupt noch stattfinden.

Bleibt zu fragen, wo bei soviel Frust auf beiden Seiten des Hauses eigentlich der Glanz herkommen soll, der hier ja auch angesprochen werden soll. Ich will versuchen, einiges aufzupolieren. Als ich im Januar 1993 das journalistische Glück und Geschick hatte, die sogenannte „Amigo“-Affäre aufzudecken, brach für die ganze Landtags-Journalistenschar eine Art Hochkonjunktur aus, wie sie sich Parlament und Staatsregierung gern für die Verlautbarung ihrer Erfolge wünschen würde. „Amigo“ beherrschte die Schlagzeilen fast zwei Jahre lang. Kaum einer, der nicht noch ein Skandälchen ausgrub. Andere Kollegen haben in den letzten Jahren andere Affären und Skandale in Bayern aufgedeckt. Und der Münchner Ex-OB und SPD-Abgeordnete, Georg Kronawitter, hat in seinem neuesten Büchlein „Was ich denke“ sogar gemeint,

die bayerische Presse habe in Sachen „Diätenskandal“ einen Orden verdient. Ob in der „Zwick“-Affäre, in der Testamentsaffäre, beim Plutonium-Skandal oder auch „nur“ bei der engagierten Begleitung der Landespolitik, etwa bei der Auseinandersetzung „Schmidt/Schmid“ in der SPD oder „Stoiber/Waigel“ in der CSU, haben viele Kollegen ihrer journalistischen Arbeit Glanzlichter aufgesetzt. Sie haben bewiesen, daß die rund 65 im „Verein Landtagspresse“ vertretenen Journalisten sich durch manche Kleinkrämertheit und teilweise Leerlauf im Maximilianeum nicht verdrießen lassen. Landtagskorrespondent zu sein, heißt, den Alltagsbetrieb des Parlaments sorgfältig zu verfolgen, heißt, sich mit Information, Desinformation, Tatsachen, Verfälschungen und Meinungen auseinanderzusetzen. Und heißt auch, dabei Distanz zu Programmen und Personen zu halten, Pflichten und Neigungen gleichermaßen nachzugehen.

Glanz, so heißt es, ist in der kleinsten Hütte. Warum soll er dann nicht auch im Hohen Hause über der Isar zu finden sein! Und da sich das Elend in der kleinsten Hütte allzu oft auch im Landtag spiegelt, gehört der Beruf des Landtagskorrespondenten meiner Meinung nach auch in Zukunft zu den interessantesten wie zu den schönsten. Trotz allem.

Pressesplitter

Unter der Überschrift „Problematisches Verhältnis von Medien und Politik“ berichtet Oliver Platzer am 26. April 1996 in der Passauer Neue Presse:

Die Wissenschaft, vertreten vom Passauer Politik-Professor Heinrich Oberreuter konstatiert: Was nicht in den Medien, speziell was nicht im Fernsehen ist, ist nicht Wirklichkeit. So entstehe ein Bild, das Politik auf eine „Unterhaltungs-Show“ reduziert.

Wichtiger als eine politische Diskussion seien Emotionen, Personalien, populäre Leidenschaften und der „Hang zu kurzen Aphorismen“ oder „künstlich erzeugter Dramatik (Alois Glück)“ statt Hintergrund, Erklärung und Aufklärung.

Oberreuter: „Das gesamte parlamentarische Verfahren läßt sich nicht als

Talkshow inszenieren“. Die Politik aber könne sich ihre „Legitimation“, also die dauerhafte und nicht nur bei den Wahlen zu erwerbende Zustimmung des Volkes, größtenteils nur über die Medien verschaffen.

„Was der Bahn-Fahrplan dem Landtag voraus hat“ schrieb Angelika Sauerer am 26. April 1996 in der Mittelbayerischen Zeitung:

Fast unversöhnlich saßen sie sich im Rahmen eines Colloquiums zum Landesparlamentarismus gegenüber: Journalisten und Politiker aus dem Bayerischen Landtag.

Die Medien seien die Hauptursache dafür, daß die Bevölkerung so schlecht über die Arbeit der Parlamente informiert sei, begann Landtagspräsident Johann Böhm. Landespolitiker kritisierten später den

Hang der Medien, nur Skandal, Kontroverse oder schillernde Figur in den Vordergrund zu stellen. Dagegen beklagten die Journalisten, daß der Stoff, den die Parlamente anzubieten hätten, meist langweilig sei.

Michael E. Langer berichtete im Nordbayerischen Kurier:

„Es ist gegenwärtig schlecht bestellt um die Außenwirkung der Parlamente und damit um ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit“, beklagte Böhm. Schuld sei die schlechte Information über die Arbeit des Parlaments. Um diese stärker publik zu machen, habe man im Landtag erkannt, „daß wir uns nach außen mehr öffnen und selbst aktiv werden müssen“. So geht das Parlament beispielsweise inzwischen auf die großen Regionalmessen.

Veranstaltungen

September

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
80 08.09. - 11.09.96	Umbruch oder Stillstand? Zu aktuellen Fragen der Politik	Lehrer für Geschichte und Gemeinschaftskunde an sächsischen und thüringischen Schulen	Leitung: Piazolo Tagungssekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
81 13.09. - 15.09.96	Krieg und Frieden	Zeitschrift für Politik	Leitung: Oberreuter/Nusser Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
83 23.09. - 25.09.96	Workshop: Zur Lage der politischen Bildung	Expertenkonferenz	Leitung: Oberreuter/Hampe Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-46
84 24.09. - 27.09.96	Politische Landeskunde: Schottland	Pädagogisches Institut der Landeshauptstadt. Englischlehrer an Städtischen Gymnasien München	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50

Oktober

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
85 29.09. - 02.10.96	Probleme der Geschichtsdidaktik	Internationale Gesellschaft für Geschichtsdidaktik	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
87 07.10. - 11.10.96	Religion und Gesellschaft in Südosteuropa	36. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft	Leitung: Willenborg Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/50
88 14.10. - 17.10.96	Organisierte Kriminalität - Herausforderung des demokratischen Rechtsstaats	Deutsche Polizeigewerkschaft: Polizeibeamte aus Bayern, Baden-Württemberg u. Österreich	Leitung: Weber Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
89 14.10. - 17.10.96	Der "Euro" - Die Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Verbraucher	Verband Landwirtschaftlich-Technischer Dienst in Bayern e.V.	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
90 18.10. - 20.10.96	Zukunftsperspektiven für Politik und Gesellschaft	DIE SEEHEIMER e.V. / Politiker aus Bund und Ländern	Leitung: Maruhn Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
92 25.10. - 27.10.96	Zukunft der Arbeit	offener Teilnehmerkreis	Leitung: Hampe/Schmucker von Koch Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
95 28.10. - 30.10.96	Historische und geschriebene Verfassung in der Alten und Neuen Welt	Fachkonferenz mit deutschen und südamerikanischen Experten	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-47

Veranstaltungen

November

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
96 04.11. - 08.11.96	Soziales und politisches Lernen	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen, (Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen)	Leitung: Hampe/Zimmermann Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
97 04.11. - 08.11.96	Germany Today	Politische Landeskunde für Lehrer amerikanischer Schulen der Streitkräfte in der Bundesrepublik in Zus. mit Atlantik-Brücke e.V., Hamburg	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
98 08.11. - 09.11.96	Würdig oder Wirksam - 50 Jahre bayerische Verfassung	Tagung mit offenem Teilnehmerkreis	Leitung: Oberreuther/Piazolo/Weber, Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
99 11.11. - 14.11.96	Zeitgeschichte: Das wiedervereinigte Deutschland vor neuen innen- und außenpolitischen Herausforderungen	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen (Gymnasial- und Realschullehrer/innen)	Leitung: Willenborg/Schorm Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
100 15.11. - 17.11.96	Islam und Politik	Deutsche Vereinigung für Politische Bildung, Landesverband Bayern, LZ für Politische Bildungsarbeit	Leitung: Hampe Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
101 18.11. - 20.11.96	Die Rolle der kirchlichen Verbände in Staat und Gesellschaft	Katholische Verbände in Bayern	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
102 21.11. - 22.11.96	Vom Binnenmarkt zur Währungsunion - ein neue Europa auch für Verbraucher?	Hausfrauenvereinigung des KDFB (Verbraucherberaterinnen)	Leitung: Willenborg Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
103 22.11. - 24.11.96	Multimedia-Forum	Tagung mit offenem Teilnehmerkreis	Leitung: Friedrich Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
104 22.11. - 23.11.96	Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik auf dem Prüfstand	Wehrpolitischer Arbeitskreis der CSU	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
105 25.11. - 29.11.96	Herrschaft ohne Mandat - Geschichte und Folgen der SED-Diktatur	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen an Gymnasien, Realschulen und Fachoberschulen	Leitung: Weber/Schorm Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
106 25.11. - 28.11.96	Migration und Einbürgerungspraxis	Europäisches Forum für Migrationsstudien Universität Bamberg (Fachtagung f. Juristen, Konsularvertreter, Beamte, Sozialarbeiter)	Leitung: Grosch/Willenborg Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
107 29.11.96	Zur Lage der Soziologie in Bayern	Bayer. Soziologen	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-47
108 29.11. - 30.11.96	Wirtschaftsforum	Politiker, Gewerkschafter, Manager, Umweltexperten, Wissenschaftler / SPD Bayern	Leitung: Maruhn Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46

Veranstaltungen

Dezember

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
108a 02.12. - 04.12.96	Die Krise als Chance - Zur Reform des Steuersystems	Evangelische Akademie, Tutzing (auch Tagungsort)	Leitung: Hampe/Held/Willemborg Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
109 03.12. - 06.12.96	Aktuelle Fragen der Politik	Staatliches Studienseminar	Leitung: Friedrich Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158-49
111 09.12. - 12.12.96	Aktuelle Fragen zur Politik	Bayerischer Bauernverband	Leitung: Weber/Diemer Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158/256-50
112 13.12. - 14.12.96	Politische Wissenschaft und Zukunftsfragen	Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Landesverband Bayern	Leitung: Hampe Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46

Januar

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
1 8.1. - 10.1.97	„Euro“-Währung	Landfrauen	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
2 14.1. - 15.1.97	Generationenvertrag	Bayerischer Rundfunk; offene Tagung	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Leisching 08158/256-47
3 18.1. - 19.1.97	Model United Nations - Simultanspiel internationaler Organisationen	Studenten aus aller Welt	Leitung: Piazolo Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
4 27.1. - 31.1.97	Zeitgeschichte	Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen; Geschichts- und Sozialkundelehrer Hauptschule	Leitung: Willemborg Tag.-Sekretärin Heinz ☎ 08158-256-50
5 27.1. - 31.1.97	Sozialkunde/Erdkunde	Akademie für Lehrerfortbildung; Erdkunde- und Sozialkundelehrer Grund-, Haupt-, Fachoberschule	Leitung: Diemer/Schorm Tag.-Sekretärin: Heinz ☎ 08158-256-50

Krieg und Frieden

13. bis 15. September 1996

In Zusammenarbeit mit der Zeitschrift für Politik

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes tauchen vergessene und verdrängte Konfliktpotentiale wieder auf. Gewalt und Rassismus erschüttern den Glauben an die Möglichkeit universeller Menschenrechte. Taugt das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker zum universellen Ordnungsprinzip? Was sind Gründe für berechtigte Interventionen und wer stellt diese fest? Kann es kollektive Maßnahmen der Weltgemeinschaft ohne die Antizipation eines Weltstaates geben? Die Tagung möchte die verschiedenen Seiten der komplexen Problematik beleuchten und zu einem Lösungsansatz gelangen. Unter anderem werden folgende Themen behandelt:

- Die heutige internationale Lage - Konfliktzonen und Gefahrenherde
- Philosophische Friedenstheorie und globale Rechts- und Friedensordnung
- Krieg als Konflikttaustragungsstrategie an der „Wende des 20. Jahrhunderts“
- Gerechter Krieg und menschenrechtliches Interventionsrecht aus der Perspektive der katholischen Friedensethik
- Krieg und Frieden aus der Perspektive der evangelischen Theologie
- Die Strafe im Völkerrecht

Zukunft der Arbeit

25. bis 26. Oktober 1996

Seit geraumer Zeit sind die Industrieländer, allen voran die europäischen, mit den Problemen zunehmender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die Krise auf den Arbeitsmärkten gefährdet inzwischen das gesamte soziale Sicherungsnetz und beeinträchtigt darüber hinaus die endgültige Integration von West- und Ostdeutschland. Was ist zu tun, um derartigen krisenhaften Entwicklungstendenzen zu begegnen? Einfache Lösungsmöglichkeiten sind nicht zu erkennen, schon die Diagnosen bleiben vieldeutig und widersprüchlich: Sind es zu hohe Lohn- und Sozialkosten, sind es die neuen Technologien, ist es die Globalisierung der Märkte, von denen die Probleme ausgehen?

Die vorgesehene Fachtagung soll Gelegenheit geben, mit ausgewiesenen Fachleuten zu klären, welche Entwicklungen sich tatsächlich abzeichnen, inwieweit uns die Arbeit auszugehen droht, wie Arbeit und Erwerb in Zukunft neu organisiert werden können bzw. müssen, welche Handlungsalternativen erkennbar sind und welcher politische Handlungsbedarf sich daraus ableitet.

Würdig oder wirksam? - 50 Jahre Bayerische Verfassung

8. bis 10. November 1996

Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Inkrafttretens der Bayerischen Verfassung plant die Akademie eine Tagung, mit der sie auf die Besonderheiten und die Bedeutung der Bayerischen Verfassung im Staat und Gesellschaft aufmerksam machen möchte. Behandelt werden sollen unter anderem folgende Themen:

- Die Bayerische Verfassung gestern, heute und morgen
- Wie kam es zur Bayerischen Verfassung nach dem Krieg?
- Besonderheiten der Bayerischen Verfassung und ihre Bedeutung für die Staatspraxis
- Der Landtag und seine Abgeordneten in Verfassung und Verfassungswirklichkeit
- Verfassung und politische Kultur in Bayern
- Der Bayerische Verfassungsgerichtshof - Hüter der Verfassung
- Der Freistaat in Fesseln? - Bayern in der Europäischen Union
- Die Zukunft der Bayerischen Verfassung - Runderneuerung oder Detailkorrekturen?

Migration und Einbürgerungspraxis

25. bis 28. November 1996

Millionen von Zuwanderern und ihre Kinder, seit Jahrzehnten in Deutschland ansässig, bleiben rechtlich, politisch und auch gesellschaftlich ausgegrenzt. Dies ist eine Folge von Starrheiten des bislang geltenden Staatsangehörigkeitsrechts und mangelnder Transparenz im Einbürgerungsverfahren.

Eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und der Einbürgerungspraxis sind überfällig. Sie werden seit einiger Zeit diskutiert, verschiedene Vorschläge und Modelle liegen auf dem Tisch. Es scheint, daß durch neuerliche Initiativen der politischen Parteien die öffentliche Diskussion wieder in Bewegung kommt.

Die Tagung, die in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg durchgeführt werden soll, wendet sich an Praktiker, die unmittelbar mit den Verfahren zu tun haben. (Juristen, Konsularvertreter, Beamte, Sozialarbeiter). Sie soll deutsche und europäische Teilnehmer zusammenführen, um die Probleme und Perspektiven im europäischen Überblick diskutieren zu können.

Die Krise als Chance - Zur Reform des Steuersystems

2. bis 4. Dezember 1996

Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing

In letzter Zeit mehren sich die Vorschläge, unser Steuersystem zu reformieren. Zumeist gehen die Vorschläge von bestimmten Einzelproblemen aus, die man durch bestimmte steuerliche Veränderungen zu lösen versucht.

Die vorgesehene gemeinsame Tagung der beiden Tutzinger Akademien will nicht nur einen Überblick über die verschiedenen Reformnotwendigkeiten und -vorschläge geben, sondern versuchen, sie aufeinander zu beziehen und dadurch Ansätze für eine vernünftige Gesamtlösung zu finden. Dabei sollen insbesondere die Reform der direkten Besteuerung, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme und die Fragen der Besteuerung des Naturkapitals (ökologische Steuern) in Zusammenhang gebracht werden.

Tagungsbericht

Jammer-Ossi und Besser-Wessi

Über ost- und westdeutsche Deformationen aus psychologischer Sicht

Hans-Joachim Maaz, Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle, würde sein erstes Buch nach dem Fall der Berliner Mauer („Der Gefühlsstau - ein Psychogramm der DDR“, Berlin 1990) noch einmal genau so schreiben, wenn er „das Fieber nochmals hätte“. Heute geht es ihm um eine Bewußtmachung der psycho-sozialen Gründe wechselseitiger Ent-Täuschung, um eine Entwirrung (nicht künstliche Harmonisierung) des psychischen Zusammenpralls eines „Untertan-Charakters“, den er einer typisch ostdeutschen Sozialisation zuordnet, und eines „Marketing-Charakters“, den er einer typisch westdeutschen Sozialisation

zuschreibt. Maaz war Gast bei dem Seminar „Deutsche Einheit auf dem Weg ins ‘verflixt 7. Jahr’?“, das vom 1. bis 5. August 1996 in Tutzing stattfand. Er sprach unter dem Titel „Vom Gefühlsstau zur Marketing-Mentalität oder neues Denken?“ über ost- und westdeutsche Deformationen aus psychologischer Sicht:

Wenn ich heute aus der Rückschau die psycho-soziale Entwicklung der deutschen Verhältnisse in den letzten Jahren sehe, dann erkenne ich zumindest drei Phasen, die geprägt sind durch ganz typische Befindlichkeitssituationen. Mir scheint so, als könnten wir im Moment in eine vierte Phase kommen, die ein Scheideweg ist, ob es konstruktiver oder

destruktiver wird in Deutschland mit der Vereinigung. Die drei Phasen, die ich erkenne, will ich Ihnen vorstellen: Die erste Phase nenne ich die Projektions- und Spaltungsphase, die mit der deutschen Spaltung in zwei Staaten zusammenhängt und die auch entsprechende psychologische Spaltungen bedeutet hat. Mit dem Schlagwort des Kalten Krieges war ja eine deutliche Feindseligkeit der beiden Positionen benannt. Psychologisch gesehen verstehe ich das so, daß die individuellen Verhältnisse aus dem Dritten Reich, also die gemeinsame deutsche Geschichte, die Tatsache, daß es im deutschen Nationalsozialismus eben nicht nur eine böse Obrigkeit - die SS, die SA, die Nazis - gab, sondern millio-

nenfache Begeisterung für Krieg, millionenfache Mittäterschaft, Mitläuferschaft vor allen Dingen, dieses Phänomen ist für meine Begriffe in Deutschland nie richtig verstanden, aufgegriffen und geklärt worden.

Ich will diese erste Phase noch einmal kurz zusammenfassen, die Phase der psychologischen Projektionen. Das, was aus dem Nationalsozialismus an individueller Entfremdung und Destruktivität in den Seelen der Menschen nicht gesehen werden wollte, wurde kollektiv projiziert. Das Böse war dann immer im Westen oder im Osten und auch die psychologischen Hoffnungen auf ein besseres Leben wurden projiziert. Wir glaubten, daß der Westen an sich schon das bessere Leben sei, und der Westen konnte sich immer dadurch stabilisieren, daß man auf den Osten herabgeschaut hat, na guck doch, wie schlecht es denen geht. So wurde im Grunde genommen jede tiefere Kritik des westlichen Lebens mit dem Blick auf den Osten harmonisiert und das hält ja heute noch an.

Die zweite Phase, die ich sehe, nenne ich die Phase des Aufbruchs der Euphorie, also die Zeit der Wende, der ersten Vereinigungsbestrebungen. Die gipfelten für meine Begriffe in dem Wenderausch. Der Wenderausch, den eben ja nicht nur die Ostler verspürten, sondern auch ein Großteil der Westdeutschen. Warum eigentlich auch sie? Warum haben die Westdeutschen dieselben Schauer gespürt, als in Berlin diese Szenen der Verbrüderung und Verschwesterung stattfanden, als man in den Armen fremder Menschen lag und weinte. Warum eigentlich? Für mich ist das wieder nur ein Hinweis auf die psychologische Seite, etwa in dem Sinne, daß endlich wieder etwas zusammenfindet, also im Sinne von Ganzheitlichkeit, daß abgespaltene Dinge plötzlich wieder ein Ganzes werden können. Aber das läuft unbewußt. Das heißt, für uns im Osten ist das unbewußt Abgespaltene erstmal wieder in diesen menschlichen Begegnungen dagewesen wie auch andersherum.

Die dritte Phase, die dann einsetzte, nenne ich die Phase der Ent-Täuschung, die geprägt ist von Vorurteilen wie Jammer-Ossi oder Besser-Wessi, den Schlagwörtern wie die Mauer in den Köpfen oder die Innere Einheit, die nicht gelingt, die Nostalgie im Osten, die neue Selbstbehauptung der Menschen im Osten. Diese Phase hält noch an. Wenn ich von einer Phase der Ent-Täuschung spreche, heißt

das auch, es muß eine Täuschung vorausgegangen sein. Und diese Täuschung sehe ich darin, daß wir im Osten tatsächlich geglaubt haben - wie schon erwähnt - der Westen sei an sich das bessere Leben und wir müßten nur uns äußerlich

deutschen, ist das, was heute sozusagen die Beurteilungen, die Charakterisierungen prägt. Und das ist jetzt auch bei den Untersuchungen, die vorliegen, zusammengefaßt.

Die negativen Seiten des Untertan-Charakters: Er ist gehemmter als der Marketing-Charakter, er ist unsicherer, hat mehr Minderwertigkeitsgefühle, ist abhängiger, passiver, depressiver, klagssamer, zwanghafter, enger, kleinkarriert, insgesamt blockierter, kontrahierter, der vorhandene Gefühlsstau wird also eher nach innen verarbeitet - mit der Gefahr, dann auch mal aggressiv, also gewalttätig nach außen zu eskalieren. Vertreter des Untertan-Charakters sind abhängiger von Führung, sie haben eine geringere Eigenständigkeit, eine geringere Kreativität in den äußeren Dingen und eine geringere Risikobereitschaft.

Die positiven Seiten des Untertan-Charakters: Er ist stärker verhaltenskontrolliert und besser normorientiert, er zeigt eine geringere Neigung zu übermäßiger Genussucht und hat eine bessere Einstellung zu unterschiedlichen Lebensumständen und Lebensschwierigkeiten, ist also weniger harmoniebedürftig, er kann mit Not und Anstrengung besser umgehen, hat eine nüchterne Einschätzung und mehr soziale Verbundenheit, die vor allen Dingen in Notzeiten gebraucht wird. So gesehen empfinden sich die Ostler gegenüber den Westlern als sozialer, wärmer, insgesamt zufriedener; sie sind mehr an Familie und Freundschaft orientiert, sind geselliger und erdverbundener.

Das alles sind Einschätzungen von Ostdeutschen und Westdeutschen zusammen. Das haben Horst Eberhard Richter und Prähler mit dem Gießen-Test herausgefunden, in dem 3000 Ost- und Westdeutsche repräsentativ untersucht wurden. Demnach ist der Nachbar für den Ostdeutschen kaum ein Störenfried, der Ostdeutsche erlebt sich offener, näher, hat mehr Körperkontakt. Zum Beispiel hat man untersucht, wie das Verhalten beim Anstehen in einer Schlange ist. Die Ostdeutschen stehen eng, berühren einander fast, der Westdeutsche braucht ungefähr 30 cm Abstand.

Der Ostdeutsche vertraut im sozialen Kontakt darauf, daß das Gegenüber es schon richtig machen wird und die richtige Entscheidung trifft. So gesehen ist das Leben des Untertan-Charakters, verglichen mit dem Marketing-Charakter, ruhiger, einfacher, übersichtlicher, geregelter. Er hat weniger Streß, mehr Zeit



Dr. Hans-Joachim Maaz, Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle

verändern, dann wird alles gut. Auf westlicher Seite gab es die Täuschung, der Osten sei natürlich selbstverständlich das schlechtere Leben, und wenn wir den Menschen Demokratie und Marktwirtschaft bringen, also die Menschenrechte, Freiheit - dann atmen sie begeistert auf, sind dankbar und froh. Genau das findet nicht statt, jedenfalls nicht im umfassenden Sinne, so wie erwartet. Und so gibt es auf beiden Seiten Ent-Täuschung. Das macht mir deutlich, zum ersten Mal nach 1945 und jetzt nach 1989, daß äußere Veränderungen, politische oder wirtschaftliche, nicht ausreichen, eine wirkliche Veränderung auch in den Menschen zu bewirken, wenn nicht die psycho-soziale Dimension mit beachtet wird.

Zum Untertan- und zum Marketing-Charakter: Ich will einige positive und negative Seiten beschreiben dieser verschiedenen Charaktere und beginne mit den negativen Seiten des Untertan-Charakters. Ich bin oft gefragt worden zu meinem Buch „Gefühlsstau“, das ja sehr kritisch urteilt über unsere eigene Situation im Osten. Ich würde heute, wenn ich es nochmals könnte, wenn ich das Fieber nochmals hätte, genauso schreiben. Ich würde überhaupt nichts zurücknehmen. Das, was an Veränderung da ist, ist die Relation. Wenn man jetzt Ostler mit Westlern vergleicht, wird manches relativ. Und diese Relation, wie sich Ostdeutsche gegenüber Westdeutschen erleben und Westdeutsche gegenüber Ost-

und ist eher durch soziale Gebundenheit geprägt. Nun die negativen Seiten des Marketing-Charakters: Er ist oberflächlicher, arroganter, überheblicher, bindungsärmer als der Untertan-Charakter. Er muß sich verkaufen, es gilt mehr Schein als Sein. Er ist süchtiger, gieriger, machthungriger. Der Verkaufs- und Geldwert der Dinge steht über allem, vor allen Dingen auch über den Gebrauchswert. Die Dinge werden nicht mehr nach ihrem Gebrauchswert verkauft, sondern den Waren wird eine besondere Eigenschaft, vor allen Dingen menschliche Eigenschaften, zugeschrieben: Es wird nicht mehr Schokolade verkauft, sondern ein süßer Traum. - All das, was der Mensch nicht mehr leben kann, diese Eigenschaften bekommen jetzt die Waren. Marketing-Charakters ist orientierungsloser, der Gefühlsstau äußert sich mehr in einer hysterischen Ausdrucksweise der Gefühle. Es gibt also falsche Gefühle: man ist immer happy und alles ist super und toll. Das ist eben der Schein, die äußere Fassade. Insgesamt, auch in der Wahrnehmung der eigenen Befindlichkeit, stellen sich Westdeutsche deutlich empfindlicher, unzufriedener, anspruchsvoller, mit viel mehr Symptomen dar als die Ostdeutschen.

Die positiven Seiten des Marketing-Charakters: Die Menschen fühlen sich unabhängiger, freier, individualistischer. Sie sind mobiler, flexibler, variabler, selbstbewußter, redegewandter, durchsetzungsfähiger, aktiver, zielstrebig und entschiedener.

Wenn ich dies zusammenfasse, komme ich zu dem Ergebnis: Es gibt zwischen Ost- und Westdeutschen, also der östlichen und westlichen Sozialisation, eine durchaus gleichwertige Störung, aber an der Oberfläche sehr verschiedenartige Ausformungen, die durch die politischen und sozialen Verhältnisse wesentlich geprägt waren. Die deutsche Einheit kann man also in dem Sinne nicht als Vereinigung begreifen, weil sie diese verschiedenen Sozialisationen nicht so relativiert hat, daß man daraus etwas Gemeinsames macht. Da sozusagen auf der anderen Seite das Spiegelbild der eigenen ungelebten Seiten gesehen wird, entstehen Vorurteile: Wir schimpfen den Westdeutschen Besser-Wessi, weil wir an gerinem Selbstbewußtsein leiden. Und die Westdeutschen schimpfen uns Jammer-Ossi, weil sie ihre Unsicherheit und Ängstlichkeit und Bedürftigkeit weniger leben dürfen als wir.

In den Vorurteilen wird von denjenigen, die es anwenden, ihre dunkle Seite de-nunziert. Das, was sie nicht leben dürfen, erkennen sie am anderen und beschimpfen es, weil es sie selbst behindert und verboten ist. Es ist also politisch ein Beitritt geworden und psychologisch eine „Kollusion“, die ich als „Herrschaftsunterwerfungskollusion“ beschreibe. „Kollusion“ kommt aus der Paartherapie und besagt, daß Paare zusammen sind, weil sie zum Beispiel Unbewußtes verbindet, das sie in äußerlich unterschiedlichen Positionen austragen. Ein klassisches Beispiel: Der aktive Mann und die passive Frau oder der dominante Mann und die abhängige Frau. Sie ziehen ein-

ander an, haben aber innerlich die gleiche Störung. Dieses angewendet auf die deutsch-deutschen Verhältnisse führt, so glaube ich, zu einer „Herrschaftsunterwerfungskollusion“, entsprechend der typischen Sozialisationen Ost und West, denn die ostdeutsche Unterwerfungsbereitschaft, die passive Erlösungshoffnung und die Fürsorgementalität haben die westdeutsche Dominanz und Gewinnsucht, die aktive Machermentalität und Vormundschaftshaltung provoziert und umgedreht. So ist wieder im Grunde genommen keine Relativierung, sondern eine Ergänzung und Verstärkung der schon vorhandenen Fehlhaltungen und Einseitigkeiten entstanden.

„Europa ade - Friede ade“ Perspektiven für Wirtschafts- und Währungsunion

Perspektiven für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion präsentierte zwei Veranstaltungen der Akademie. Sowohl in Bayreuth am 7. Mai 1996 als auch in Passau am 8. Mai 1996 sprach Dr. Michael Cwik (EU-Kommission GD II) zum Thema „Der Euro im Kreuzfeuer“. Über den Vortrag berichtete Alois Schießl am 9. Mai in der Passauer Neuen Presse unter dem Titel „Euro soll Wirtschaft neuen Schub geben - 'Die Sparer verlieren keinen Pfennig'“:

Weil gerade Ostbayern durch die Nähe etwa zu Italien besonders unter Wechselkursschwankungen leidet, werde diese Region von der Einführung der Währungsunion besonders profitieren. Dies ging aus dem Vortrag von Michael Cwik von der Europäischen Kommission hervor, den dieser gestern in Passau bei einer Veranstaltung der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, hielt. Doch auch der „kleine Mann“ brauche keine Angst vor der Umstellung auf den „Euro“ haben: „Der deutsche Sparer wird keinen Pfennig verlieren“, so Cwik.

Keine nationale Regierung allein könne mehr erfolgreich Preisstabilität, hohes Beschäftigungsniveau, sozialen Schutz oder umweltverträgliches Wachstum erreichen. Zur Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion gibt es laut Cwik keine Alternative.

In den Nürnberger Nachrichten berichtete Sabine Frigge am 8. Mai 1996 über die Veranstaltung. Sie schrieb

unter der Überschrift „Europa ade - Friede ade“:

Am 1. Januar 2002 soll es soweit sein: Der Euro wird gesetzliches Zahlungsmittel. Ein Termin, dem vor allem die Deutschen mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Warum dazu keine Veranlassung bestehe und warum die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für Europa unabdingbar sei, erläuterte Michael Cwik, Mitglied der EU-Kommission, auf einem Vortrag in Bayreuth, zu dem die Tutzinger Akademie für Politische Bildung eingeladen hatte.

Zentrale Aussage des Volkswirtes: Europa braucht die WWU zur Sicherung des Friedens. Nach Meinung von Cwik haben die nationalen Volkswirtschaften einen derart hohen Grad an Offenheit und gegenseitiger Abhängigkeit erreicht, daß keine Regierung ihre wirtschaftspolitischen Ziele, wie Preisstabilität oder hohes Beschäftigungsniveau, ohne Abstimmung mit den Nachbarn und Handelspartnern allein verwirklichen kann. „Erfolgt keine ausreichende Abstimmung, dann kommt es zu Ungleichgewichten, die sich durch wirtschaftliche Konzentration in einer Region und Arbeitslosigkeit in einer anderen auszeichnen“, führte Cwik aus. Der wirtschaftliche Druck würde („Wenn auch nicht sofort, jedoch in absehbarer Zeit“) in politischen Druck übergehen und letztendlich zu Konfrontationen führen. Cwik: „Wenn das der Fall ist, kann ich nur sagen: Europa ade - Friede ade.“

Sommerfest der Akademie

Über zweihundert Gäste feierten im Garten

Für das Sommerfest in der Akademie in Tutzing interessierten sich auch die Medien. So berichtete der Münchener Merkur am 16. Juli 1996 über das Fest: International ging es zu beim Sommerfest der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Lehrer und Erzieher aus den USA und aus Kanada, die sich zur Zeit auf einer Reise durch Europa befinden und auch eine Tagung „Germany today“ der Akademie besucht haben, feierten begeistert mit. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter konnte mehr als 200 Gäste begrüßen. Bei dieser Gelegenheit wurde deutlich, daß die Akademie ein Sprungbrett für Karrieren ist. Unter den Gästen waren ehemalige Akadememitarbeiter wie Ursula Männle, heute bayerische Ministerin, sowie Alt-Bürgermeister Alfred Leclaire. „Nicht auszudenken“, scherzte Akademiedirektor Oberreuter, „wie die Gemeinde regiert

worden wäre, hätte er nicht politische Bildung gelernt und gelehrt.“

Die Akademie präsentiert sich als parteiübergreifend anerkannte Institution. Erster Vorsitzender ihres Förderkreis ist Tutzings SPD-Chef Gernot Abendt, zweiter Vorsitzender der CSU-Politiker Leclaire. „Einer der am meisten gebrochenen Gesetzesbefehle in dieser Republik“, kritisierte Oberreuter, sei die Vorgabe des Akademiegesetzes, daß für diese Institution die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen seien. Immerhin sei der Haushalt - Jahresetat sechs Millionen Mark - zuletzt schrittweise ausgeweitet worden, gestand er am Rande der Veranstaltung zu. Angesichts der ständigen Aufrufe zum Sparen konnte sich Oberreuter allerdings einen Seitenhieb auf die Politiker nicht verkneifen: „Was passiert eigentlich an Einschränkungen, wenn die Politik sich selbst feiert? Da gibt's im-

mer „Käfer“...“ Doch bei Halsgratsteak vom Grill, Schlemmerwürsten und eingekleidtem Schafskäse, Bacchus Kabinett und „Stammheimer Eselsberg“ unterhielten sich auch in Tutzing alle glänzend.

Auch die Starnberger Neuesten Nachrichten der Süddeutsche Zeitung berichteten am 16. Juli 1996 über das Gartenfest unter dem Titel „Mehr Geld für Referenten“

„Das Akademiegesetz, nach dem uns der Landtag finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, ist eines der am meisten gebrochenen Gesetze überhaupt.“ Mit diesen Worten eröffnete Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für Politische Bildung, das diesjährige Gartenfest der Akademie. Oberreuter sagte diesen Satz im Spaß. Ein gewisser Ernst steckte jedoch dahinter, und so ist die Aussage des Akademiedirektors auch als Aufforderung an die Politiker zu verstehen, die Tutzinger Institution in Zukunft intensiver zu unterstützen.

„Zwar ist der Finanzzuschuß des Freistaates in den vergangenen drei Jahren erheblich gestiegen. Bedarf an finanziellen Mitteln besteht jedoch trotzdem“, sagte Oberreuter. Auf der Wunschliste des Akademiedirektors steht neben einer Verbesserung der Unterrichtsmedien auch eine regelmäßige Veranstaltung von Exkursionen für die Seminarteilnehmer. Außerdem will Oberreuter in Zukunft häufiger Gastreferenten aus dem Ausland nach Tutzing einladen. Eine negative Begleiterscheinung des Geldmangels sind auch die niedrigen Honorare. „Unsere Referenten müssen viel Liebe und Engagement für ihren Job mitbringen. Eine goldene Nase können sie sich hier nicht verdienen.“

Trotz der bescheidenen finanziellen Mittel ließen es sich die Verantwortlichen am Freitagabend nicht nehmen, ihren Förderern mit einer großen Feier zu danken. Zu den etwa 250 geladenen Gästen gehörten neben den Vertretern von Gemeinde, Kirche und anderen Institutionen auch zahlreiche namhafte Politiker. Die politische Prominenz war zahlreich erschienen, doch ob die Appelle Oberreuters an seine Gäste gefruchtet haben, wird sich erst bei der nächsten Haushaltsdebatte im Landtag zeigen.

Zukunftscommission in Tutzing



Zu einer Arbeitssitzung traf sich die Kommission für Zukunftsfragen in Tutzing. Die Kommission wurde Anfang 1995 gemeinsam von den Freistaaten Bayern und Sachsen berufen. Schwerpunkte der Arbeit der Kommission sind der Arbeitsmarkt, die Reform des Sozialstaats und die Bevölkerungsentwicklung.

Das Bild zeigt die Ministerpräsidenten aus Bayern und Sachsen, Dr. Edmund Stoiber und Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, eingehakt von den Kommissionsmitgliedern Etta Schiller, Henzler, Obermaler, Berger, Miegel, Blum, Beck, Oberreuter und dem sächsischen Wirtschaftsminister Schommer.

Gäste im Garten

Zum Sommerfest der Akademie begrüßte Direktor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter Staatsministerin Prof. Ursula Männle und Konrad Porzner, BND-Präsident a.D. (rechts). Bestens von der Akademie-Küche verköstigt, trafen sich auch (2. Reihe v.l.): Senats-Vizepräsidentin Christel Beslmeisl, Bündnis 90/Die

Grünen-Sprecherin Barbara Hoffmann sowie Akademiedirektor i.R. Prof. Dr. Manfred Härttrich mit Ehefrau Rita. Mitgefiebert haben auch (unten, v.l.): Heinz Klaus Mertes mit Ehefrau Traudl, Kuratoriumsmitglied Hans-Günter Naumann, Dr. Reiner Eger, Direktor der VHS München, und Dr. Friedhelm Greiner, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing.



Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans Maler

Staatsminister a.D.

Meichelbeckstr.6 - 81545 München

Vorsitzender des Beirats:

Direktor Hermann Kumpfmüller

Bayer. Volkshochschulverband

Fäustlestraße 5 - 80339 München

Kollegium:

Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Hans Friedrich, Dozent
Geschichte, Kommunikation, Politik

Klaus Grosch
*Pol. Landeskunde, Randgruppen-
problematik, Migrationsfragen*

Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Jürgen Maruhn, Dipl. Volksw.
*Parteien, Extremismus, Wirtschaft, Si-
cherheitspolitik*

Dr. Michael Plazolo
*Europapolitik, Staats- und Verfas-
sungsrecht, Rechtspolitik*

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl Heinz Willenborg
*Umwelt- und Verbraucherpolitik, sozia-
le Schlichtung, Zeitgeschichte*

Organisationsreferat:

Ursula Paull

Die Akademie wurde durch Gesetz des Bayer. Landtages 1957 als Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung gegründet und wird aus Mitteln des bayerischen Staatshaushaltes unterhalten. Ihr gesetzlicher Auftrag ist, die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern. Sie führt Seminare zur Weiterbildung für Personen durch, die sich ihrerseits mit politischer Bildung befassten oder zur politischen Meinungsbildung beitragen (Multiplikatoren). In Fachkonferenzen werden mit Experten aus Wissenschaft und Praxis politische Probleme analysiert und für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit aufbereitet. Die Akademie bietet darüber hinaus für die Bildungsarbeit und zur politischen Diskussion Materialien in mehreren Schriftenreihen an.

Bayerischer Motor einer neuen demokratischen Kultur

Zur Erinnerung an Waldemar von Knoeringen



In diesem Jahr, am 6. Oktober, wäre Waldemar von Knoeringen 90 Jahre alt geworden. Am 2. Juli jährt sich außerdem sein Todestag zum 25. Mai. - Anlässe, an diesen ungewöhnlichen Politiker zu erinnern.

Er war weder Landes- noch Bundesminister, und als die SPD 1954 den bayerischen Ministerpräsidenten stellte, ließ er Wilhelm Högner, dem Vater der Verfassung des Freistaates, den Vortritt. Knoeringen übernahm damals lieber den Fraktionsvorsitz und damit praktisch das Steuerungsinstrument eines hochkomplizierten Koalitionsgefüges. Zugleich war er Motor - aber am liebsten bei geschlossener Motorhaube. An „drohenden“ Staatsämtern glitt Waldemar von Knoeringen so geschickt vorüber, daß auch seine Freunde keine Chance hatten, ihn darauf zu verpflichten. Übergröße Bescheidenheit und sogar Schüchternheit wurden ihm nachgesagt, aber der Hauptgrund lag wohl in seiner Ungeduld. Die Verantwortung seiner Generation für das Gelingen des zweiten Anlaufs deutscher Demokratie machte ihn rastlos.

Selten sind so viele politische und pädagogische Eigenschaften gleichzeitig in einer Person vereinigt gewesen. Von Knoeringen hat Denkanstöße zur Bildung unter den Bedingungen sprunghaften technischen Fortschritts, zur Reform von Schule und Lehrberuf in Bayern gegeben. Die in ihrer öffentlich rechtlichen Kon-

struktion bis heute einmalige Akademie für Politische Bildung in Tutzing ist ohne die unermüdlichen Initiative Waldemar von Knoeringens nicht vorstellbar. Und all das war für ihn kein Selbstzweck, sondern Teil eines als persönliche Herausforderung empfundenen Ringens um die empfindliche, verletzliche Demokratie, die permanent neuer Innovationen bedarf, also eine dauernde, nie endende Aufgabe bleibt, wie er es sinngemäß in das Godesberger Programm der SPD von 1959 hineinformulierte. War ein Programm erst einmal fertig, dann regte ihn die Schnelligkeit auf, mit der es in Vergessenheit geriet. „Mobilisierung der Demokratie“ nannte er deshalb vor 30 Jahren eine 200 Seiten umfassende Studie, Kompendium und Aktionsprogramm zugleich, die er zusammen mit einer Reihe junger Leute verfaßte. Darunter fanden sich Namen wie Peter Glotz, Helmut Rothenmund, Kurt Stenzel und das heutige Mitglied des Kuratoriums der Akademie, Hans Günther Naumann. Zum Ärger Herbert Wehnerts setzten sich Knoeringen und seine junge Mannschaft nachdrücklich auch mit der innerparteilichen Demokratie und Personalrekrutierung auseinander - damals freilich noch nicht ahnend, daß diese Problematik die SPD erst in den 90er Jahren und die CDU vermutlich erst nach dem Jahr 2000 in vollem Umfang einschließlich der oberen Etagen ereilen würde.

Von 1947 bis 1963 war Waldemar von Knoeringen Landesvorsitzender, von 1958 bis 1962 auch stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Dem bayerischen Landtag gehörte er vom Wiedereintritt bis 1970 an. Hier traf er sich mit Hanns Seidel, dem späteren CSU-Nachfolger des SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Högner, im gemeinsamen und erfolgreichen Bemühen um einen überparteilichen Konsens bei der Beschußfassung des Gesetzes über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung vom 27. Mai 1957.

90. Geburtstag am 6. Oktober und 25. Todestag am 2. Juli sind in diesem Jahr Anlässe, um an diesen ungewöhnlichen Politiker zu erinnern.

Jürgen Maruhn

Wissenschaftler und Musensohn

Felerstunde zum 65. Geburtstag von Staatsminister a.D. Hans Maier

Vielfache Würdigung erfuhr am 19. Juni 1996 Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a.D., Kuratoriumsvorsteher der Akademie. Einen Tag nach seinem 65. Geburtstag wurde dem Jubilar im Historischen Kolleg zu München die ihm gewidmete Festschrift „Politik - Bildung - Religion“ überreicht. Es sprachen Bundesminister Dr. Theo Waigel, Bischof Prof. Dr. Karl Lehmann und Rektor Prof. Dr. Andreas Heldrich. Prof. Dr. Heinrich Oberreuter sagte in seiner Festansprache: Die Persönlichkeit Hans Maiers läßt sich angesichts ihres Facettenreichtums ohnehin nicht restlos aufklären - schon gar nicht von einem allein. Insofern kann Karl Valentins berühmtes Wort sich gar nicht erfüllen, daß schon alles gesagt sei, nur

noch nicht von allen. Sektoral gilt Valentins Diktum freilich doch; denn wer etwas zu sagen hat, hat es irgendwann schon einmal gesagt - bei Geburtstagen, Ehrenpromotionen, Auszeichnungen,

Die Festschrift ist erschienen im Ferdinand Schöningh-Verlag (Paderborn).

die Hans Maier reichlich erfahren hat, ohne daran eitel zu werden.

Längst gewürdigt ist der Mensch, der aus natürlicher Autorität und Distanz zur Nähe, der im Offiziellen zum Ernst und andererseits zu jungenhafter Unbekümmertheit fähig ist, der seine Mitte und seine Positionen kennt und nie verleugnet, der aber auch andere und anderes stets respektvoll gelten läßt.

Vielfach gewürdigt ist der Wissenschaftler, der, auf breiten historischen Fundamenten ruhend zur sozialwissenschaftlich inspirierten Analyse fand, die Geschichte seines Faches erforscht, die soziale und politische Stellung der Kirche im nachrevolutionären Zeitalter analysiert und

sich den Problemen und Hypothesen der deutschen Staatsanschauung und Staatstradition gewidmet hat - um nur wenig zu nennen; der forschende Geist, den das Aktuelle zur Neugier herausfordert, der darüber aber nie vergißt, daß alles Aktuelle seine Wurzeln hat und - vor allem - daß Politik und Ethik nicht nur nach alter Lehrtradition, sondern auch gegenwärtig und außeruniversitär in innigem Verhältnis zueinander stehen müssen. Insofern ist die Politikwissenschaft unentrinnbar eine normative Disziplin. Gewürdigt ist der Musensohn - und sogar anerkannt in der professionellen Zunft -, der sein früh erworbene Organisten-talent über alle beruflichen Engagements hinüber auf hohem Niveau zu pflegen wußte. Wir alle wissen, daß sich die kulturellen und künstlerischen Neigungen mit der Musik alleine nicht begnügen.

Ebenso gewürdigt ist schließlich der Politiker, dem ein Amt zugefallen war, das so gänzlich seinen Neigungen und Kompetenzen entsprach, ein Amt, das er gerade deswegen in seiner ganzen Breite erfüllt, erfaßt und gestaltet hat - mit glänzenden Erfolgen, nicht ohne Krisen und mit wachsender kritischer Distanz, dennoch aber dieses Amt am Schluss mit ungebrochener und nicht korrumptierbarer Selbstachtung verlassend. Wenn ich mich an die Fragen und Zweifel zu Beginn erinnere, sagt die Tatsache eigentlich schon alles, daß Hans Maier letztlich wie selbstverständlich 16 Jahre Kultusminister war - länger, als Kohl jetzt Kanzler ist; in der Abfolge der politischen Generationen eine halbe Ewigkeit. Er könne ja nicht gut in relativ jungen Jahren zum Denkmal seiner selbst werden, hat er einmal gesagt, ganz ohne konkreten Anlaß.

Manche von uns hätten es lieber gesehen, Sie hätten frühzeitig einen umfassenderen politischen Anspruch geltend gemacht. Warum? Weil Sie jenen Politikertyp verkörpern, an dem wir schmerzlich Mangel leiden: kompetent, intellektuell begabt, beruflich bewährt, von der Politik als Droge und Karrierevehikel unabhängig. Genau daraus - und aus der Familie - haben Sie die Kraft und die Unabhängigkeit gewonnen, das Politische zu bestehen und zu überstehen. Vieles ist dazu vor 5 Jahren schon gesagt worden, manches schien auch in den Würdigun-



Feierte am 18. Juni seinen 65. Geburtstag: Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a.D.

gen dieser Tage wieder auf. Es sei nicht wiederholt. Nur daß Ihr Platz in der Politik in vielfacher Hinsicht unbesetzt geblieben ist, daß niemand es mehr in gleicher Weise verstand, Politik, Kultur, Kirche, Kunst und Wissenschaft zusammenzuführen oder auch Konservatives so zu bedenken und zu begründen, daß es in das Zeitgespräch und die Zukunft einzugehen vermochte und auch Andersgefärbte aufhorchten - wenigstens das soll gesagt sein. Es gibt Anzeichen dafür, daß der eine oder andere, der damals meinte, neben Franz Josef Strauß sei kein Platz für eigenständig-unabhängige Größen, diese damalige Sichtweise mittlerweile für einen Fehler hält. Wie auch immer: Hans Maier wäre im Vereinigungsprozeß sicher manches Wegweisen-de zur Bildungspolitik eingefallen. Und in der gegenwärtigen Zukunftsoffensive hätte er wohl auch eine Rolle für die

Nachrichten aus der Akademie

Hochschulen zu definieren gewußt. Vielfach hat Hans Maier betont, wie sehr ihn das Theatralische und Spielerische an der Politik faszinierte. Als das Theater groß wurde, war die Faszination freilich dahin. Wer die Politik als Herausforderung des Intellektuellen durch die Realität begreift, muß natürlich immer auf einem Mindestmaß an Intellektualität und Rationalität bei solchen Herausforderungen bestehen - auch auf diesem Spielfeld. Maier hat seinen Weg nur gehen können, weil er zu keiner Zeit in einer Tätigkeit

ganz aufgegangen ist: nicht in der Wissenschaft, nicht in der Kunst, schon gar nicht in der Politik. Er hat sie stets alle beherrscht, soweit das möglich ist. Indem er jeden Bereich für sich ernst zu nehmen und auseinanderzuhalten wußte, gewann er die Fähigkeit, Brücken zwischen ihnen zu schlagen, Brücken, die begehbar waren. Er hat Denk-, Sprach- und Handlungsräume zusammengeführt, ohne ihre Gegensätze und Spannungen überdecken zu wollen. Die Rückkehr in die Wissenschaft war keine Rückkehr,

weil es nie einen Abschied gegeben hatte. In der Wissenschaft ist wegen seiner Ausrichtung der Guardini-Lehrstuhl Hans Maier so auf den Leib geschneidert, wie es auch sein politisches Amt war: bar jeglicher allzu spezifischen Einzwängungen. Vieles ist mittlerweile entstanden. Noch mehr erwarten dürfen wir uns von den neuen Forschungen zu Totalitarismus und politischen Religionen - ein Bereich, der Ethik und Politik zusammenführt und sich dazu eignet, die Summe einer Lebensleistung zu ziehen.

Nachrichten aus der Akademie

Kuratorium:

Oberbürgermeister Josef Deimer (MdS), feierte am 29. Mai seinen 60. Geburtstag. Im Juli wurde er als Vorsitzender des Bayerischen Städetages wiedergewählt.

Beirat:

Beiratsvorsitzender Hermann Kumpfmüller wurde am 21. Juni mit einem festlichen Empfang vom Bayerischen Volkshochschulverband als Verbandsdirektor in den Ruhestand verabschiedet.

Direktor:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt in den vergangenen Monaten unter anderem Vorträge an den Universitäten von Peking, Shanghai und Shenzhen. Im Rahmen der Neumarkter Sonntagsgespräche diskutierte er am 7. Juli mit der Vorsitzenden der bayerischen SPD, Renate Schmidt, das Thema „Die politische Kultur in Deutschland - auf dem Weg ins Abseits?“. Außerdem moderierte er beim 2. Symposium der deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz zum Thema „Europa - Idee, Geschichte, Realität“. Bei einem Hearing des Geschäftsordnungsausschusses zur Überprüfung der geltenden Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages war er als Sachverständiger geladen.

Verwaltung:

In der Hauswirtschaft gibt es seit Anfang dieses Jahres eine neue Mitarbeiterin: Yvette Green. Auch in der Küche hilft eine neue Mitarbeiterin: Birgit Hoyer ist

seit März in der Akademie. Der Zivildienstleistende Karsten Dickel hat die Akademie verlassen. Seine Dienstzeit endete am 30. April. Der neue Zivi heißt Tim Faulhaber und ist seit dem 1. August im Dienst. Seit 1. September hat die Akademie eine Auszubildende. Nadja Riewendt lernt den Beruf Kauffrau für Bürokommunikation.

Nur kurz Station machten zwei französische Austauschschülerinnen im Juli. Sie absolvierten ein zweiwöchiges Praktikum in der Hauswirtschaft (im Rahmen der Partnerschaft der Gemeinde Tutzing mit der französischen Gemeinde Bagnères-de-Bigorre).

Förderkreis:

Dr. Wilhelm Ballon, langjähriges Mitglied und bis 1995 Rechnungsprüfer des Förderkreises, feierte im Juni seinen 75. Geburtstag.

Dr. Alfred Leclaire, seit der Gründung bis 1995 Vorsitzender des Förderkreises und über 25 Jahre Tutzinger Bürgermeister, wurde von der Gemeinde mit dem Titel „Altbürgermeister“ geehrt.

Jubiläen:

Sein 25jähriges Dienstjubiläum feiert Franz Graf, Fahrer der Akademie. Ebenfalls seit 25 Jahren ist Dozent Dr. Jürgen Weber für die Akademie tätig. Seit 15 Jahren arbeitet Waldtraud Radner in der Hauswirtschaft. Und Hauswirtschaftsleiterin Christine Friedrich ist seit fünf Jahren in dieser Position.

Aufgelesen:

Die FAZ schreibt am 24.8.1996 unter dem Titel „Mit Nebenrollen will sich Scharping nicht mehr begnügen“: In der Wirtschafts- und Sozialpolitik kündigt er Aktivitäten an, über welche sich manche wundern würden. Jene Rede vor dem „Seeheimer Kreis“ im Herbst 1994 in Tutzing, als er auf diesen Gebieten einen „hohen Renovierungsbedarf“ ausgemacht hatte, zitiert er jetzt gerne. Der Sozialstaat müsse modernisiert werden, hatte Scharping damals gesagt, auch wenn dies in der Partei zu Konflikten führe.

AKADEMIE-REPORT

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 / Postfach 220, 82323 Tutzing
Telefon: 08158 / 256-0, Telefax: 08158 / 25614 und 25651

Redaktion: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (verantw.)
Dr. Michael Piazolo
Iris Wimmer

Mitarbeit: Karin Sittkus

Layout: Franz Neumeier

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Rezensionen

Heinrich Oberreuter (Hrsg.): „Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie“, Olzog Verlag, München 1996, 256 Seiten, 19,80 Mark

Rezension in der Süddeutsche Zeitung von Kurt Sontheimer unter dem Titel „Wandelt sich das deutsche Parteiensystem? Das Superwahljahr 1994 aus der Sicht der Politik- und Wahlforschung“: Das deutsche Parteiensystem befindet sich in einer Übergangsphase, wenn nicht gar an einem Wendepunkt. Dies ist das zwar nicht einhellige, aber doch vorherrschende Ergebnis eines wissenschaftlichen Symposiums an der Politischen Akademie in Tutzing, das sich am Ende des Wahlmarathons mit den Wandlungen und Perspektiven des deutschen Parteiensystems befaßt hat. Der Reiz und Wert dieses Sammelbandes, den Akademiedirektor Professor Heinrich Oberreuter herausgegeben und eingeleitet hat, liegt in der Kombination von Ergebnissen der Wahlforschung (bezogen auf das Superwahljahr 1994) mit Analysen über die Wandlungen des Parteiensystems. Der Herausgeber hat für diese aktuelle Bestandsaufnahme eine Reihe von qualifizierten Experten aus dem Gebiet der Demoskopie, Wahl- und Parteienforschung gewinnen können, die mit ihren Beiträgen demonstrieren, daß die politologische Forschung auf diesem Gebiet ein bemerkenswertes Niveau besitzt, ohne deshalb für den Laien unverständlich zu sein. Mit diesem Taschenbuch liegt jedenfalls ein beachtliches wissenschaftliches Kompendium zur gegenwärtigen Situation des deutschen Parteiensystems und zu den Ergebnissen der Wahlforschung für das Jahr 1994 vor, das niemand ignorieren sollte, der sich ein annähernd zutreffendes Bild von der gegenwärtigen deutschen Parteienlandschaft und ihren möglichen Wandlungstendenzen in der Zukunft verschaffen will.

Rezension in der Neuen Zürcher Zeitung (18. Juli 1996) von Leonhard Neidhart unter dem Titel „Parteien, Personen, Medien - Zwischenberichte über Wahlen in Deutschland“:

Die Bundesrepublik Deutschland zählt zu den parteiendemokratischen Staaten, so mit zu jenen, in denen die politische Willensbildung und die staatlichen Problemlösungsprogramme, trotz neokorpora-

tischen Bindnissen und auch trotz der Repolitisierung des Föderalismus, maßgeblich durch die Parteien gesteuert werden. Sie ist auch die bisher stabilste und erfolgreichste Parteiendemokratie, denn es hat seit 1945 noch niemals eine deutsche Bundesregierung gegeben, an der nicht eine der traditionellen Parteien CDU, FDP oder SPD beteiligt gewesen wäre. Das hat natürlich auch den politologischen Blätterwald immer wieder zum Rauschen gebracht. Eine neue Aufsatzsammlung unterscheidet sich durch prägnante Sachlichkeit und gute Lesbarkeit wohltuend von manchen anderen. Es handelt sich dabei um 14 kurzgefaßte Beiträge, die im Anschluß an das sogenannte deutsche Superwahljahr 1994 entstanden sind und Fragen des Wahlverhaltens, der Rolle der Medien im Wahlkampf und der Entwicklungstendenzen des deutschen Parteiensystems anschneiden. Die Lektüre lohnt sich für den Interessierten schon deshalb, weil Vergleiche immer auch das Verständnis der eigenen politischen Strukturen und Prozesse vertiefen.

Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hrsg.): „Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland“, Olzog Verlag, München 1995, 240 Seiten, 32 Mark

Rezension in der Stuttgarter Zeitung (28. Juni 1996) von Ralf Altenhof: Oberreuters und Webers Sammelband ist deshalb mehr als ein Stück Geschichtsschreibung, er ist auch ein Beitrag zur Selbstfindung der Deutschen in der Gegenwart.

Jürgen Weber, Michael Piazolo (Hrsg.): „Eine Diktatur vor Gericht. Aufarbeitung von SED-Unrecht durch die Justiz“, Olzog Verlag, München 1995, 248 Seiten

Rezension in „Das Historisch-Politische Buch“ von Friedrich Battenberg: Um so verdienstvoller ist die von den beiden Herausgebern einleitend gebrachte Typologie (Mauerschützenprozesse; Regierungs- und Funktionärskriminalität, Justizvergehen, Wahlfälschungsprozesse und Spionageprozesse). Ihre etwas reißerische Diktion kann angesichts der Emotionen, mit der das Thema der „doppelten Diktaturerfahrung“ in der Öffentlichkeit diskutiert wird, entschuldigt werden.

Rezension in „Recht und Politik“ von Annette Weinke:

Die Herausgeber Jürgen Weber und Michael Piazolo liefern in ihrem einleitenden Aufsatz zunächst einen knappen Überblick über die bisherige Bilanz der Strafverfolgung. Darüber hinaus setzen sich die Verfasser dezentriert mit den Hauptargumenten von Strafverfolgungsgegnern und Amnestiebefürwortern auseinander. Einen negativen Gesichtspunkt stellt ihrer Meinung nach die Tatsache dar, daß die zahlenmäßige Bilanz der Strafverfolgung bislang eher kläglich ausgefallen sei. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß es auch bei der Strafverfolgung von NS-Tätern eine deutliche Diskrepanz zwischen Aufwand und Ergebnis gegeben habe, und daß die Beschuldigten vergleichbare Verteidigungsstrategien nach dem Muster „Je höher die Funktion, desto weniger gewußt“ verfolgt hätten. So mit kommen Weber und Piazolo bei ihrer Erörterung des Themas zu dem Schluß, daß an einer mit Ausdauer und Augenmaß betriebenen personenbezogenen Aufhellung der DDR-Diktatur kein Weg vorbeiführe.

Neuerscheinungen

Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH / Akademie für Politische Bildung / Deutsches Ostforum München e.V. (Hrsg.): „Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa - Gefahrenpotentiale und Handlungsmöglichkeiten“, Tutzing 1996, 190 Seiten (zu beziehen über die Akademie für Politische Bildung, Tutzing). Speziell in Deutschland hat der Unfall von Tschernobyl die Öffentlichkeit erheblich verunsichert. Die Befürchtung, daß sich in Osteuropa weitere Havarien ereignen könnten, ist seitdem nicht geschwunden. So stellt sich die Frage nach der Beherrschbarkeit und den Gefahrenpotentialen der Technik. Damit beschäftigte sich eine Expertentagung in Tutzing, deren Diskussionen und Ergebnisse in dem Buch dargestellt werden. Neben der Sicherheit osteuropäischer Kernkraftwerke und dem Tschernobyl-Reaktorunfall geht es um energiepolitische Zwänge und Perspektiven in osteuropäischen Staaten sowie um Handlungsmöglichkeiten des Westens zur Erhöhung der Reaktorsicherheit in Osteuropa.

Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.): „Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges“, Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Band 30



Olzog Verlag, München 1996, 250 Seiten, 32 Mark

Welche Aktivitäten fremder Nachrichtendienste gab es während des Kalten Krieges in Deutschland? Mit dieser Frage beschäftigt sich das vorliegende Buch. Neben Aktivitäten aus der DDR und den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes geht es um die Nachrichtendienste der Westalliierten. Ein weiteres Thema sind die westdeutschen Nachrichtendienste, ihre Anfänge und Entwicklung.

Malcolm Anderson/Eberhard Bort: „Boundaries and Identities: The Eastern Frontier of the European Union; Grenze und Identität: Die Ostgrenzen der Europäischen Union“

International Social Sciences Institut, University of Edinburgh 1996, 120 Seiten



Das Buch faßt das gleichnamige Seminar zusammen, das im März in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattfand (vgl. Akademie-Report 2/1996). Bei der Tagung diskutierten Wissen-

schaftler aus acht Nationen zum Thema „Ostgrenzen der EU“. Die Referate sind in dem Buch in englischer oder deutscher Sprache abgedruckt; es wird auch eine englische Zusammenfassung gegeben. Wiedergegeben ist zum Beispiel das Referat von Jiri Grusa, dem Botschafter Tschechiens, der über die „Kultur der Grenze“ sprach. Weitere Beiträge befassen sich mit dem Europa der Regionen – die Perspektive des 21. Jahrhunderts, mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit im deutsch-tschechischen Raum (Euregio Egrensis) sowie mit den Perspektiven der Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder. Außerdem wird eine Skizze über kulturelle und rechtliche Bedeutung von Souveränität und Territorium gezeichnet.

Marie-Theres Tinnefeld/Klaus Köhler/ Michael Piazolo (Hrsg.): „Arbeit in der mobilen Kommunikationsgesellschaft“

Vieweg-Verlag, Wiesbaden 1996, 310 Seiten, 98 Mark



Das Buch beschäftigt sich mit den Veränderungen, die die Neuerungen der Technik mit sich bringen. Denn ausgestattet mit interaktiven, multimedialen persönlichen Computern werden Mitarbeiter immer und überall erreichbar sein. Die Telekooperation ist ein Wachstumsmarkt, der betriebliche Organisations- und Arbeitsstrukturen grundlegend verändert. Welche Folgen hat solch technologischer Fortschritt? Es gilt, die neuen Probleme wahrzunehmen und daraus die adäquaten rechtlichen, wirtschaftlichen

und sozialen Folgen zu ziehen. Das im Oktober erscheinende Buch sucht Antworten auf die Fragestellungen und gibt dazu Denkanstöße.

Bernhard Pfändtner/Jürgen Weber: „Deutschland zwischen Diktatur und Demokratie - Weltpolitik im 20. Jahrhundert“



Buchners Kolleg Geschichts-Ausgabe C, C.C. Buchners Verlag, Bamberg 1996, 450 Seiten

Das Schulbuch richtet sich an Schüler der 13. Jahrgangsstufe des Gymnasiums und zeigt die Entwicklung bis in die neunziger Jahre. Ausführlich aufgezeigt werden Deutschland unter dem Nationalsozialismus sowie der Weg zur Teilung Deutschlands. Große Aufmerksamkeit wird auch der Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR gewidmet: Die Anfänge werden nachgezeichnet, der gesellschaftliche Wandel in der BRD und die repressive Erstarrung in der DDR geschildert, schließlich die Wiedervereinigung. Das letzte Drittel des Buches befaßt sich mit der Weltpolitik im 20. Jahrhundert. Themen wie Umweltproblematik, Migrationsbewegungen, Verträge von Maastricht oder das Ende der Sowjetunion fehlen ebenso wenig wie die Schwierigkeiten des Zusammenwachsens zwischen beiden deutschen Staaten. Zu diesen Themen sind die neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse eingearbeitet. Die Autoren verfolgen bei der Darstellung des 20. Jahrhunderts in erster Linie einen politikgeschichtlichen Ansatz. Das Buch ist modern und abwechslungsreich gestaltet; zahlreiche Bilder, Tabellen und Übersichten dienen als Lernhilfen.